

Rechtsprechung

zum

Personalvertretungsrecht

33. Ausgabe
Stand: März 2013

Vorwort

Was lässt sich zu einem Produkt noch sagen, das Personalratsmitglieder seit über drei Jahrzehnten kennen und schätzen? In der vorliegenden 33. Ausgabe haben wir vorwiegend Entscheidungen zum Personalvertretungsrecht aus dem Jahre 2012 zusammengetragen – wie jedes Jahr hauptsächlich solche der obergerichtlichen Rechtsprechung. Fehlende Rechtskraft ist mit dem Vermerk „n.rkr.“ kenntlich gemacht. Für diejenigen, die in der Vollversion der Entscheidung weiterlesen möchten, haben wir – wie jedes Jahr –, die entsprechende Fundstelle im Rechtsprechungsdienst der „Zeitschrift für Personalvertretungsrecht“ (ZfPR *online*) oder in der ZfPR selbst angegeben, soweit die Entscheidung dort im Volltext veröffentlicht wurde.

Zwar sind – wie jedes Jahr – die meisten Entscheidungen sowohl für das Bundespersonalvertretungsrecht als auch für das Personalvertretungsrecht der Länder von Bedeutung; im Einzelfall ist jedoch stets zu prüfen, ob die Entscheidung voll, eingeschränkt oder gar nicht für das von Ihnen anzuwendende Personalvertretungsrecht gilt. Die Hinweise auf die entsprechenden Vorschriften in den Personalvertretungsgesetzen der Länder sollen Ihnen diese Prüfung erleichtern. Sollten wir einmal eine Änderung in einem Landespersonalvertretungsgesetz übersehen haben, sind wir für Ihren Hinweis dankbar.

Die aus der Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht seit einigen Jahren vollständig ausgekoppelten Entscheidungen zum Schwerbehindertenrecht liegen derzeit in dritter Ausgabe der „Rechtsprechung zum Recht der schwerbehinderten Menschen“ mit Stand Dezember 2012 vor; die neue – 16. – Ausgabe der „Rechtsprechung zum Betriebsverfassungsrecht“ ist in Arbeit. Alle Rechtsprechungssammlungen stehen für Sie auf der Website des dbb beamtenbund und tarifunion bereit.

Wir freuen uns, wenn wir mit diesem Angebot insbesondere die den Mitgliedsgewerkschaften des dbb angehörenden Personalrats- und Betriebsratsmitglieder sowie Mitglieder der Schwerbehindertenvertretungen in ihrem Engagement für die Belange der Beschäftigten ein Stückweit unterstützen können. Wie jedes Jahr.

A. Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht	Seite
1. Keine Mitbestimmung des Personalrats bei Einstellung von Mitarbeitern durch eine von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abhängigen GmbH (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 29.9.2011 – 18 LP 7/09)	7
2. Mitgliederwerbung und Zutrittsrecht einer nicht tariffähigen Koalition (BAG, Beschluss v. 22.5.2012 – 1 ABR 11/11)	7
3. Begriff des wissenschaftlichen Mitarbeiters im LPVG NW (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.8.2012 – 20 A 698/11.PVL)	7
4. Anforderungen an fristgemäßes Weiterbeschäftigungsverlangen des Jugendvertreters/Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages mit Nebenabrede (VGH Bayern, Beschluss v. 19.11.2012 – 18 P 11.1960)	8
5. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters zu geänderten Arbeitsbedingungen (BVerwG, Beschluss v. 18.1.2012 – 6 PB 21.11)	8
6. Weiterbeschäftigung einer Jugendvertreterin/Ausbildungsadäquater Arbeitsplatz bei Erforderlichkeit einer Zusatzqualifikation (BVerwG, Beschluss v. 24.5.2012 – 6 PB 5.12)	8
7. Kein Weiterbeschäftigungsanspruch von Jugendvertretern im Beamtenverhältnis auf Widerruf (BVerwG, Beschluss v. 30.5.2012 – 6 PB 7.12)	9
8. Schutz von Jugendvertretern zwischen Personalratswahl und Amtszeitbeginn (VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.2748)	9
9. Rechtsanwaltskosten des Jugendvertreters in den Rechtsmittelinstanzen bei einem Auflösungsantrag des öffentlichen Arbeitgebers (BVerwG, Beschluss v. 12.11.2012 – 6 P 1.12)	9
10. Personalvertretungsrechtliche Folgen einer Zuweisung von Tätigkeiten beim Jobcenter für Beschäftigte der Agentur für Arbeit (BVerwG, Beschluss v. 18.1.2013 – 6 PB 17.12)	9
11. Zur Gewährleistung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl bei Aufspaltung der Arbeitgeber-/Dienstherrnbefugnisse durch Einräumung eines Doppelwahlrechts (VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 15.8.2011 – 23 K 863/11.F.PV)	10
12. Wahlrechtsverlust bei Personalgestaltung (VG Wiesbaden, Beschluss v. 2.3.2012 – 22 K 242/12.WI.PV)	10
13. Wählbarkeit gestellter Arbeitnehmer zum Betriebsrat (BAG, Beschluss v. 15.8.2012 – 7 ABR 34/11)	10
14. Bestimmung der Größe der Personalvertretungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Zuweisungen zu gemeinsamen Einrichtungen (VG Wiesbaden, Beschluss v. 30.8.2012 – 22 K 604/12.WI.PV)	11
15. Ungültigkeit des Wahlvorschlags wegen fehlender Legitimation des unterzeichnenden Gewerkschaftsbeauftragten (VG Düsseldorf, Beschluss v. 12.11.2010 – 34 K 6362/09.PVL)	11
16. Bestellung des Wahlvorstands für Personalratsneuwahl (VG Hamburg, Beschluss v. 14.3.2012 – 26 FLE 7/12)	12
17. Kostenübernahme für Zusendung von Briefwahlunterlagen an Privatadressen (VG Arnshausen, Beschluss v. 24.4.2012 – 20 K 1077/12.PVL)	12
18. Verhinderung eines Mitglieds einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 7.11.2012 – 17 LP 8/11)	12
19. Verzicht einer Gruppe auf Vertretung im Vorstand/Selbstständige Entscheidung in Personalangelegenheiten (VG Karlsruhe, Beschluss v. 30.09.2011 – PL 12 K 701/11)	13
20. Vernichtung von Personalratsunterlagen nach Neuwahlen (VG Ansbach, Beschluss v. 10.8.2011 – AN 8 PE 11.01502)	13
21. Berücksichtigung der stärksten Wahlvorschlagsliste bei der Wahl von Ergänzungsmitgliedern nach § 33 BPersVG (VG Saarland, Beschluss v. 5.9.2012 – 8 K 507/12)	13
22. Nachträgliche Ergänzung der Tagesordnung für Personalratssitzungen (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 13.12.2011 – 20 A 10/10.PVL)	13

23. Folgen der Nichtbekanntgabe von Sitzungen des Personalrats gegenüber der Schwerbehindertenvertretung (VG Ansbach, Beschluss v. 17.4.2012 – AN 8 P 11.02408)	14
24. Kein Anspruch einer Minderheitsliste im Betriebsrat auf Bereitstellung eines Büroraums zur alleinigen Nutzung (LAG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 19.7.2011 – 7 TaBV 764/11)	14
25. Reisekosten für freigestellte Personalratsmitglieder für Fahrten zwischen Wohnung und Personalratsbüro (BVerwG, Beschluss v. 28.11.2012 – 6 P 3.12)	15
26. Anforderungen an die Auswahl freizustellender Personalratsmitglieder/Antragsbefugnis zur Anfechtung des Freistellungsbeschlusses (OVG Sachsen, Beschluss v. 18.4.2012 – PL 9 A 574/11)	15
27. Kriterien für Freistellung von Mitgliedern des Personalrats nach HmbPersVG (BVerwG, Beschluss v. 13.2.2012 – 6 PB 19.11)	15
28. Teilnahme eines freigestellten Bezirkspersonalratsmitglieds an der Arbeitszeitregelung der Mittelbehörde (BAG, Urteil v. 13.12.2011 – 1 AZR 433/10)	16
29. Anspruch freigestellter Personalratsmitglieder auf Erteilung einer Beurteilungsfortschreibung (VG Düsseldorf, Urteil v. 14.3.2012 – 10 K 6848/10)	16
30. Benachteiligung freigestellter Personalratsmitglieder durch Verweigerung der Teilnahme an Leistungsbezahlung (OVG Hamburg v. 21.5.2012 – 7 Bf 161/11.PVB)	16
31. Weitergewährung einer Funktionsstufe für ein freigestelltes Personalratsmitglied (BAG, Urteil v. 16.11.2011 – 7 AZR 458/10)	17
32. Nichtbeachtung des Gebots der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel im Zusammenhang mit Schulungskosten (BVerwG, Beschluss v. 12.11.2012 – 6 P 4.12)	17
33. Keine Kostenerstattung für Personalratsschulung über allgemein- und gewerkschaftspolitische Themen (VG Hamburg, Beschluss v. 7.3.2012 – 23 FB 12/11)	17
34. Erforderlichkeit einer Schulung zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 11.1.2012 – 17 LP 2/10)	18
35. Tätigkeitszuweisung an Personalratsmitglieder nach Abschluss der Freistellungsphase (BVerwG, Beschluss v. 2.5.2012 – 6 PB 26.11)	18
36. Keine Personalratsbeteiligung bei Zuweisung eines Personalratsmitglieds an gemeinsame Einrichtung (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 5.9.2012 – 20 A 1903/11.PVB)	18
37. Mitbestimmung bei gesetzlicher Zuweisung von Tätigkeiten an freigestellte Personalratsmitglieder im Jobcenter (VG Arnsberg, Beschluss v. 24.5.2012 – 21 K 1021/11.PVB)	19
38. Zustimmungsersetzung zur außerordentlichen Kündigung eines Personalratsmitglieds (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.11.2011 – 20 A 869/09.PVB)	19
39. Außerordentliche Kündigung eines Personalratsmitglieds (BAG, Urteil v. 24.11.2011 – 2 AZR 480/10)	19
40. Dienststellenzugehörigkeit als Voraussetzung für das Teilnahmerecht an der Personalversammlung (BVerwG, Beschluss v. 20.11.2012 – 6 PB 14.12)	20
41. Abhalten der Personalversammlung während der Arbeitszeit (BVerwG, Beschluss v. 13.3.2012 – 6 PB 23.11)	20
42. Einsichtnahme des Personalrats in Lohn- und Gehaltslisten/Keine Beschränkung auf Vorstandsmitglieder (BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 2.12)	20
43. Unzulässigkeit einer Dienstvereinbarung zur Einräumung eines uneingeschränkten Einsichtsrecht für den Personalrat in Arbeitszeitunterlagen (VG Arnsberg, Beschluss v. 24.5.2012 – 21 K 2764/10.PVB)	20
44. Umfang der Unterrichtung des Personalrats bei Eingruppierung (VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 4.10.2011 – 23 K 1924/11.F)	21

45. Unwirksamkeit der Versetzung wegen unzureichender Information des Personalrats (ArbG Magdeburg, Urteil v. 11.1.2012 – 3 Ca 2501/11)	21
46. Mitwirkung des Personalrats bei der Abgabe dienstlicher Beurteilungen (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 8.3.2012 – 60 PV 10.11)	21
47. Maßnahmebegriff und Stellenbewertung (BVerwG, Beschluss v. 5.10.2011 – 6 P 19.10)	22
48. Fortsetzung des Mitbestimmungsverfahrens/Mitbestimmungspflichtigkeit der dienststelleninternen Geschäftsverteilung nach MBG SH (BVerwG, Beschluss v. 29.2.2012 – 6 P 2.11)	22
49. Befassung des Personalrats mit erneuter Mitbestimmungsvorlage bei unveränderter Sach- und Rechtslage (BVerwG, Beschluss v. 12.9.2011 – 6 PB 13.11)	22
50. Eintritt der Zustimmungsfiktion bei Nichtbehandlung eines erneuten Antrags der Dienststelle (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 17.4.2012 – 18 LP 1/11)	23
51. Nachholung der Mitbestimmung bei Änderung der Rechtsprechung (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 14.9.2011 – 18 LP 11/09)	23
52. Nachholung einer Anhörung des Personalrats (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 27.3.2012 – 6 B 1362/11)	23
53. Beteiligung des Personalrats bei Wiederholungskündigung (LAG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 27.3.2012 – 3 Sa 603/11)	23
54. Subsidiarität einer Fragebogenaktion des Personalrats zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes bei Erstellung einer Gefährdungsanalyse durch die Dienststelle (BVerwG, Beschluss v. 8.8.2012 – 6 PB 8.12)	24
55. Kein Initiativrecht zur Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung (OVG Nordrhein-Westfalen v. 25.8.2011 – 16 A 1361/10.PVB)	24
56. Formelle Wirksamkeitserfordernisse für eine Dienstvereinbarung/Verhältnis von Tarifvorbehalt und Tarifvorrang (BVerwG, Beschluss v. 9.3.2012 – 6 P 27.10)	24
57. Personalübergang von einem öffentlichen Arbeitgeber auf den anderen/Weiter- geltung des Tarifvertrags nach Übergang (EuGH, Urteil v. 6.9.2011 – C 108/10)	25
58. Zuständige Interessenvertretung zur Beteiligung in personellen Angelegenheiten des übergeleiteten Personals der ehemaligen Bundesanstalt für Flugsicherung (BVerwG, Beschluss v. 16.4.2012 – 6 P 1.11)	25
59. Anwendung von Mitbestimmungstatbeständen auf arbeitnehmerähnliche Personen (BVerwG, Beschluss v. 17.12.2012 – 6 P 6.12)	25
60. Zuständigkeit des Universitätspersonalrats bei Arbeitszeitregelung für das in privater Rechtsform geführte Universitätsklinikum (VGH Hessen, Beschluss v. 28.8.2012 – 22 A 161/11.PV)	26
61. Mitbestimmung bei „Reaktivierung“ eines Beamten (BAG, Beschluss v. 15.8.2012 – 7 ABR 6/11)	26
62. Keine Mitbestimmung bei der Beschäftigung von Strafgefangenen (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.8.2012 – 20 A 697/11.PVL)	26
63. Keine Inhaltskontrolle in Bezug auf Einstellungsbedingungen von Psychologen in Ausbildung (VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.879)	27
64. Mitbestimmung des Personalrats bei befristeter Einstellung (LAG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 1.6.2011 – 15 Sa 2622/10)	27
65. Mitbestimmung bei der Erstfestsetzung der Erfahrungsstufen bei Einstellung (VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 10.10.2011 – 22 K 1823/11.F.PV)	27
66. Mitbestimmung bei Stufenzuordnung (TV-V) (LAG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.9.2011 – 5 TaBV 19/11)	28
67. Beteiligung des Personalrats beim Einsatz von Leiharbeitnehmern (BVerwG, Beschluss v. 25.4.2012 – 6 PB 24.11)	28
68. Keine Mitbestimmung bei Gewährung außertariflicher Zulagen im Einzelfall (BVerwG, Beschluss v. 15.5.2012 – 6 P 9.11)	28

69. Mitbestimmung bei Zuweisung eines neuen Arbeitsplatzes unter Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung (BVerwG, Beschluss v. 8.11.2011 – 6 P 23.10)	29
70. Mitbestimmung bei Versetzung von Beamten eines Postnachfolgeunternehmens aus einem stillgelegten in einen anderen Betrieb (BVerwG, Beschluss v. 25.1.2012 – 6 P 25.10)	29
71. Mitwirkung der Personalvertretung bei Versetzung zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool) (BAG, Urteil v. 1.6.2011 – 7 AZR 117/10)	29
72. Mitbestimmung bei Abordnungen (BVerwG, Beschluss v. 19.3.2012 – 6 P 6.11)	30
73. Mitbestimmung bei Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit an eine Arbeitnehmerin nach dem 1. Oktober 2005 (BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 4.12)	30
74. Mitbestimmung des Personalrats bei vorübergehender Übertragung höherwertiger Tätigkeiten (BVerwG, Beschluss v. 22.12.2011 – 6 PB 18.11)	31
75. Mitbestimmung bei Übertragung höher zu bewertender Tätigkeit im Job-Center (VG Berlin, Beschluss v. 22.9.2011 – 71 K 9.11)	31
76. Keine Mitbestimmung des Personalrats bei Gefährdungsbeurteilung (BVerwG, Beschluss v. 5.3.2012 – 6 PB 25.11)	31
77. Zum Finalitätserfordernis bei der Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz und bei Hebung der Arbeitsleistung (BVerwG, Beschluss v. 13.9.2012 – 6 PB 10.12)	31
78. Mitbestimmung bei Einrichtung von Großraumbüros bei Bestehen einer Dienstvereinbarung über einzuhaltende Mindeststandards (VGH Bayern, Beschluss v. 9.5.2011 – 18 P 09.2249)	32
79. Beteiligungsfähigkeit von Umstrukturierungsfolgen bei gesetzlicher Kreisgebietsneuordnung/ Begriff der Rationalisierungsmaßnahme (OVG Sachsen, Beschluss v. 2.10.2012 – PL 9 A 170/11)	32
80. Mitbestimmung des Personalrats beim Absehen von der Ausschreibung (BVerwG, Beschluss v. 4.5.2012 – 6 PB 1.12)	32
81. Mitbestimmung beim Absehen von der Ausschreibung im Fall einer Dienstpostenbesetzung durch statusgerechte Umsetzung (OVG Hamburg, Beschluss v. 8.11.2011 – 7 Bf 104/11.PVB)	33
82. Mitbestimmung des Personalrats beim Entzug durch die Dienststelle bereitgestellter kostenloser Parkplätze (VG Frankfurt a. M., Beschluss v. 23.12.2011 – 9 L 4874/11.F)	33
83. Kein Mitbestimmungsrecht des Jobcenter-Personalrats bei Voice-over-IP (VG Berlin, Beschluss v. 23.5.2012 – 71 K 20.11 PVB)	33
84. Mitbestimmung bei einvernehmlicher Regelung der Arbeitszeit/Erfordernis einer kollektiven Regelung (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 25.1.2012 – 20 A 199/10.PVL)	34
85. Mitbestimmungsrecht bei der Anordnung von Rufbereitschaft (VG Saarland, Beschluss v. 2.8.2012 – 9 K 88/12)	34
86. Mitwirkung bei der Bewertung einzelner Arbeitsplätze nach HPVG (VG Frankfurt, Beschluss v. 4.10.2011 – 23 K 1634/11.F.PV)	34
87. Mitbestimmung bei Anordnung amtsärztlicher Untersuchung/Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand nach MBG SH (BVerwG, Urteil v. 26.1.2012 – 2 C 7.11)	34
88. Antragsabhängige Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten von wissenschaftlichen Mitarbeitern (BVerwG, Beschluss v. 14.8.2012 – 6 PB 9.12)	35
89. Keine Antragsabhängigkeit der Mitbestimmung der Vertreter von zu selbstständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten befugten Dienstkräften (BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 3.12)	35
90. Begründung der Zustimmungsverweigerungsverweigerung bei Einstellung (OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 17.10.2012 – 5 A 10523/12)	35

91. Zustimmungsverweigerung bei Übertragung funktionsstufenrelevanter (Zusatz)Aufgaben bei der BA (OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.5.2012 – 20 A 1333/11.PVB)	36
92. Mitwirkungsbedürftigkeit einer Verwaltungsvorschrift/Verdrängung von Mitwirkungs- durch Mitbestimmungstatbestände (BVerwG, Beschluss v. 7.2.2012 – 6 P 26.10)	36
93. Beteiligung bei Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 18.12.2012 – 5 LA 347/11)	36
94. Beteiligung beim Neubau des Gebäudes einer Schule (VGH Hessen, Beschluss v. 12.6.2012 – 22 A 2170/11.PV)	36
95. Beteiligung bei außerordentlicher Kündigung/Verfassungskonforme Auslegung der Vorschriften des PersVG Berlin zu Besetzung und Kompetenzen der Einigungsstelle (BAG, Urteil v. 27.1.2011 – 2 AZR 744/09)	37
96. Erhebliche Einwendungen des Personalrats bei ordentlicher Kündigung (LAG Köln, Urteil v. 5.5.2011 – 13 Sa 1462/10)	37
97. Geltendmachung von Mängeln im Verfahren der Anhörung durch die Stufenvertretung (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 24.11.2011 – 62 PV 10.11)	37
98. Gegenstandswert bei Zustimmungseretzungsverfahren (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 14.9.2011 – 18 LP 15/10)	38
99. Vorläufiger Rechtsschutz im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zur Feststellung des aktiven und passiven Wahlrechts (VG Saarland, Beschluss v. 27.2.2012 – 8 L 114/12)	38
100. Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung zur Durchsetzung des Anspruchs auf Teilnahme an einer Grundschulung für neu gewählte Personalratsmitglieder (VG Saarland, Beschluss v. 8.6.2012 – 8 L 547/12)	38
101. Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren (OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 29.3.2012 – 62 PV 1.12)	39
102. Keine Unterlassungsansprüche im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren (OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 15.2.2012 – 6 M 3/11)	39
103. Doppelter Beteiligtenwechsel bei Zusammenlegung mehrerer Dienststellen (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 9.11.2011 – 18 LP 10/09)	39
104. Fehlende Rechtsmittelbefugnis des ehemaligen Dienststellenleiters bei einem Streit um die Wirksamkeit einer Dienstvereinbarung (OVG Niedersachsen, Beschluss v. 9.11.2011 – 18 LP 10/10)	40
105. Bestimmung des Status als Ortskraft im Sinne des § 91 BPersVG (BVerwG, Beschluss v. 9.11.2011 – 18 LP 10/10)	40

B. Rechtsprechung zur Wahlordnung

1. Anfechtung einer Personalratswahl wegen fehlerhafter Bekanntmachung des Wahlausschreibens (VG Hannover, Beschluss v. 29.11.2011 – 17 A 1603/11)	40
2. Inhalt der Bekanntmachung von Wahlvorschlägen durch den Wahlvorstand (VG Berlin, Beschluss v. 24.7.2012 – 71 K 7.12)	41

C. Rechtsprechung zu sonstigen Gesetzen

1. Wahl der Gleichstellungsbeauftragten/Verbot der sittenwidrigen Wahlbeeinflussung (BVerwG, Urteil v. 19.9.2012 – 6 A 7.11)	41
2. Kein Sonderkündigungsschutz für Wahlbewerber einer bereits bei Einreichung unheilbar ungültigen Vorschlagsliste (ArbG Berlin, Urteil v. 22.9.2011 – 33 Ca 7120/11)	41

A. Rechtsprechung zum Personalvertretungsrecht

1. Keine Mitbestimmung des Personalrats bei Einstellung von Mitarbeitern durch eine von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abhängigen GmbH

(§ 1 BPersVG; § 1 BaWüPersVG; Art. 1 BayPVG; § 1 PersVG Bln; §§ 1, 90 PersVG Bbg; § 1 BremPersVG; § 1 HmbPersVG; § 1 HPVG; § 1 PersVG MV; § 1 PersVG Nds; § 1 LPVG NW; § 1 PersVG RhP; § 1 SPersVG; § 1 SächsPersVG; § 1 PersVG LSA; § 1 MBG SH; § 1 ThürPersVG)

Das Bestehen gesellschaftsrechtlicher Einflussmöglichkeiten und personeller Verflechtungen zwischen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts und einer von ihr abhängigen GmbH begründen als solche keine Eingliederung der Mitarbeiter der GmbH in die Dienststelle der juristischen Person des öffentlichen Rechts.

Nach dem formalen Rechtsträgerprinzip gilt für die Mitarbeiter dieser GmbH Betriebsverfassungs-, nicht Personalvertretungsrecht.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 29.9.2011 – 18 LP 7/09 -

2. Mitgliederwerbung und Zutrittsrecht einer nicht tariffähigen Koalition

(§ 2 BPersVG; § 2 BaWüPersVG; Art. 2 BayPVG; § 2 PersVG Bln; § 2 PersVG Bbg; §§ 2, 52 BremPersVG; § 2 HmbPersVG; § 2, § 60 HPVG; § 58 PersVG MV; §§ 1 a, 2, 65 PersVG Nds; § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 3, 4 LPVG NW; § 2 PersVG RhP; § 2 SPersVG; § 2 SächsPersVG; § 2 LPersVG LSA; § 1 MBG SH; § 2 ThürPersVG)

Verlangt eine nicht tariffähige Arbeitnehmerkoalition zu Zwecken der Mitgliederwerbung Zutritt zu den Vorräumen einer Betriebsversammlung, ist ein solcher Anspruch gegen den Arbeitgeber und nicht gegen den Betriebsrat zu richten. Das gilt unabhängig davon, ob die Betriebsversammlung im Betrieb oder außerhalb stattfindet.

Der Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 GG erstreckt sich auch auf eine nicht tariffähige Arbeitnehmerkoalition. Zu deren hierdurch geschützten Betätigungen gehört die Mitgliederwerbung.

Ein hierauf gestütztes Zutrittsrecht zu den Vorräumen einer Betriebsversammlung ist gegenüber dem Arbeitgeber geltend zu machen. Der Betriebsrat kann einen solchen Anspruch nicht erfüllen. Angesichts seiner auf betriebsverfassungsrechtliche Angelegenheiten beschränkten Rechts- und Vermögensfähigkeit könnte ein entsprechender Titel ihm gegenüber auch nicht durchgesetzt werden.

(zu 1. amtl. Leitsatz, zu 2. und 3. Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Beschluss v. 22.5.2012 – 1 ABR 11/11 –
ZfPR *online* 2/2013, S. 16

3. Begriff des wissenschaftlichen Mitarbeiters im LPVG NW

(§ 4 BPersVG; § 4 BaWüPersVG; Art. 4 Abs. 1 bis 4, 5 e und f BayPVG; §§ 3, 4 PersVG Bln; §§ 4, 5 PersVG Bbg; §§ 3 bis 6 BremPersVG; § 4 HmbPersVG; §§ 3 bis 6 HPVG; § 3 PersVG MV; § 4 PersVG Nds; § 5 LPVG NW; § 4 PersVG RhP; § 4 SPersVG; § 4 SächsPersVG; § 4 PersVG LSA; §§ 3 bis 6 MBG SH; § 4 ThürPersVG)

Der Begriff des wissenschaftlichen Mitarbeiters i. S. v. § 104 Satz 1 LPVG NRW knüpft an die Legaldefinition des § 44 HG an.

Danach sind für die Zuordnung zum Personenkreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter zwei Voraussetzungen notwendig, zum einen die Zuordnung des Mitarbeiters zu bestimmten Organisationseinheiten, nämlich den Fachbereichen, den wissenschaftlichen Einrichtungen oder Betriebseinheiten, und zum anderen die Aufgabe, wissenschaftliche Dienstleistungen zu erbringen.

Sowohl in Bezug auf den einzelnen Mitarbeiter als auch in Bezug auf die Organisationseinheit als Ganzes bedarf es keiner Prüfung, ob im Einzelfall eine wissenschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.8.2012 – 20 A 698/11.PVL –

4. Anforderungen an fristgemäßes Weiterbeschäftigungsverlangen des Jugendvertreters/Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages mit Nebenabrede

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Ein Weiterbeschäftigungsverlangen i.S. von § 9 Abs. 2 BPersVG, das früher als drei Monate vor Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses gestellt wird, ist unwirksam; die Sechsmonatsfrist des § 12 Abs. 1 Satz 2 BBiG ist nicht (analog) anzuwenden.

Vereinbaren der Arbeitgeber und der Jugendvertreter innerhalb der Dreimonatsfrist des § 9 Abs. 2 BPersVG, der Arbeitgeber werde einen Auflösungsantrag gemäß § 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BPersVG stellen, liegt hierin eine einvernehmliche Regelung dahingehend, dass ein bereits vorliegendes (verfrühtes) Weiterbeschäftigungsverlangen als form- und fristgerecht gelten soll bzw. nunmehr form- und fristgerecht erneuert wurde.

VGH Bayern, Beschluss v. 19.11.2012 – 18 P 11.1960 –

5. Weiterbeschäftigung eines Jugendvertreters zu geänderten Arbeitsbedingungen

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

In Fällen, in denen der Jugendvertreter (hilfsweise) sein Einverständnis mit der Weiterbeschäftigung zu geänderten Arbeitsbedingungen erklärt hat, kann der Schutzzweck des § 9 BPersVG es gebieten, dass der öffentliche Arbeitgeber auf derartige Änderungswünsche eingeht. Voraussetzung dafür ist, dass der Jugendvertreter dem öffentlichen Arbeitgeber frühzeitig zu erkennen gibt, zu welchen abweichenden Arbeitsbedingungen er sich seine Weiterbeschäftigung vorstellt.

BVerwG, Beschluss v. 18.1.2012 – 6 PB 21.11 –
ZfPR *online* 5/2012, S. 2

6. Weiterbeschäftigung einer Jugendvertreterin/Ausbildungsadäquater Arbeitsplatz bei Erforderlichkeit einer Zusatzqualifikation

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Ein Arbeitsplatz ist auch dann ausbildungsadäquat, wenn seine Anforderungen außer einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf eine kurzfristig erreichbare Zusatzqualifikation (hier: Fahrerlaubnis der Bundeswehr) vorsehen.

BVerwG, Beschluss v. 24.5.2012 – 6 PB 5.12 –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 3

7. Kein Weiterbeschäftigungsanspruch von Jugendvertretern im Beamtenverhältnis auf Widerruf

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Jugendvertreter, die im Beamtenverhältnis auf Widerruf einen Vorbereitungsdienst für den gehobenen Dienst absolviert haben, genießen nicht den Weiterbeschäftigungsschutz nach § 9 BPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 30.5.2012 – 6 PB 7.12 –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 4

8. Schutz von Jugendvertretern zwischen Personalratswahl und Amtszeitbeginn

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Für den Schutz nach Art. 9 Abs. 2 BayPVG ist nicht auf die Amtszeit der dort genannten Personalvertretungsorgane abzustellen, sondern auf die Mitgliedschaft eines Auszubildenden in diesen Organen.

VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.2748 –

9. Rechtsanwaltskosten des Jugendvertreters in den Rechtsmittelinstanzen bei einem Auflösungsantrag des öffentlichen Arbeitgebers

(§ 9 BPersVG; Art. 9 BayPVG; § 10 PersVG Bln; § 9 PersVG Bbg; § 65 HPVG; § 58 PersVG Nds; § 7 LPVG NW; § 8 PersVG RhP; § 9 SächsPersVG; § 9 PersVG LSA; § 9 ThürPersVG; übrige Länder: gemäß § 107 Satz 2 BPersVG entsprechende Anwendung des § 9 BPersVG)

Wird der Auflösungsantrag des öffentlichen Arbeitgebers gemäß § 9 Abs. 4 BPersVG rechtskräftig abgelehnt, so hat die Dienststelle dem Jugendvertreter die Rechtsanwaltskosten zu erstatten, die in den höheren Instanzen entstanden sind.

BVerwG, Beschluss v. 12.11.2012 – 6 P 1.12 –
ZfPR *online* 1/2013, S. 2

10. Personalvertretungsrechtliche Folgen einer Zuweisung von Tätigkeiten beim Jobcenter für Beschäftigte der Agentur für Arbeit

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit, denen gemäß § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II am 1. Januar 2011 Tätigkeiten beim Jobcenter zugewiesen wurden, haben spätestens nach Maßgabe der Fristenregelung in § 13 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 BPersVG das Wahlrecht zu einer Personalvertretung der Bundesagentur verloren.

BVerwG, Beschluss v. 18.1.2013 – 6 PB 17.12 –
ZfPR *online* 5/2013, S. 2

11. Zur Gewährleistung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl bei Aufspaltung der Arbeitgeber-/Dienstherrnbefugnisse durch Einräumung eines Doppelwahlrechts

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Art. 37 Abs. 1 HV knüpft an die für das Wahlrecht im staatlichen Bereich geltenden allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze an und erstreckt deren Geltung aufgrund ausdrücklicher Benennung im Verfassungstext selbst auf die Wahlen für Betriebsvertretungen und gilt damit auch für die nach dem HPVG durchzuführenden Wahlen für Personalvertretungen.

Beschäftigte i. S. d. § 3 HPVG, die im Wege der Personalgestaltung ihre Arbeitsleistung in einer anderen Dienststelle oder in einem privatrechtlich verfassten Betrieb, Unternehmen erbringen, bleiben Beschäftigte i. S. d. HPVG, da ihre Zugehörigkeit zur bisherigen Dienststelle aufgrund des zu ihrem Rechtsträger fortdauernden Arbeitsverhältnisses durch die Personalgestaltung nicht beendet wird. Sie sind damit entsprechend Art. 37 Abs. 1 Arbeitnehmer/innen dieser Dienststelle/Behörde.

Der durch § 9 Abs. 2 HPVG angeordnete Ausschluss des aktiven Wahlrechts, d. h. nach § 10 Abs. 1 HPVG auch des passiven Wahlrechts, für Beschäftigte, die länger als drei Monate in eine andere Dienststelle abgeordnet, ihr zugewiesen oder im Wege der Personalgestaltung überlassen sind, verstößt gegen das durch Art. 37 Abs. 1 HV gewährleistete Grundrecht auf allgemeine Wahl für eine Betriebsvertretung. Das Recht auf allgemeine Wahl führt deshalb zu einem Doppelwahlrecht für den durch § 9 Abs. 2 HPVG erfassten Personenkreis.

Ein ausnahmsweise eintretender Rechtfertigungsgrund für die Vorenthaltung des aktiven Wahlrechts ist nicht ersichtlich, da dem Personalrat der Stammdienststelle personalgestellter Beschäftigter nach wie vor in erheblichem Umfang Informations- und Beteiligungsrechte hinsichtlich der personalgestellten Beschäftigten zustehen.

VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 15.8.2011 - 23 K 863/11.F.PV – (n.rkr.)
ZfPR *online* 6/2012, S. 10

12. Wahlrechtsverlust bei Personalgestaltung

(§ 13 BPersVG; § 11 BaWüPersVG; Art. 13 BayPVG; § 12 PersVG Bln; § 13 PersVG Bbg; § 9 BremPersVG; § 11 HmbPersVG; § 9 HPVG; § 11 PersVG MV; § 11 PersVG Nds; § 10 LPVG NW; § 10 PersVG RhP; § 12 SPersVG; § 13 SächsPersVG; § 13 PersVG LSA; § 11 MBG SH; § 13 ThürPersVG)

Bei einer Personalgestaltung nach § 4 Abs. 3 TVöD ist der Tatbestand des § 13 Abs. 2 BPersVG nicht erfüllt. Ein Wahlrechtsverlust tritt nicht ein. Da der Gesetzgeber im Bundespersonalvertretungsgesetz bewusst zwischen Gestellung und Abordnung differenziert und davon auszugehen ist, dass es sich sowohl bei den Beteiligungstatbeständen als auch bei den Ausschlussgründen nach § 13 Abs. 2 BPersVG um abschließende Regelungen handelt, liegt auch eine durch Analogie zu schließende Regelungslücke nicht vor.

(Leitsätze der Schriftleitung)
VG Wiesbaden, Beschluss v. 2.3.2012 – 22 K 242/12.WI.PV –
ZfPR *online* 5/2012, S. 14

13. Wählbarkeit gestellter Arbeitnehmer zum Betriebsrat

(§ 14 BPersVG; § 12 BaWüPersVG; Art. 14 BayPVG; § 13 PersVG Bln; § 14 PersVG Bbg; § 10 BremPersVG; § 12 HmbPersVG; § 10 HPVG; § 12 PersVG MV; § 12 PersVG Nds; § 11 LPVG NW; § 11 PersVG RhP; § 13 SPersVG; § 14 SächsPersVG; § 14 PersVG LSA; § 12 MBG SH; § 14 ThürPersVG)

Sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei einem privatrechtlich organisierten Unternehmen tätig, steht ihnen das passive Wahlrecht zum Betriebsrat zu, soweit sie die allgemeinen Voraussetzungen dafür erfüllen.

Tätig in diesem Sinne sind Beschäftigte, die in die Betriebsorganisation eingegliedert sind. Darauf, ob dem Einsatz rechtliche Bedenken entgegenstehen, kommt es jedenfalls so lange nicht an, wie es sich um einen zwischen der Dienststelle und dem privatrechtlich organisierten Unternehmen koordinierten, vom Beschäftigten akzeptierten Einsatz handelt.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)

BAG, Beschluss v. 15.8.2012 – 7 ABR 34/11 –
ZfPR *online* 2/2013, S. 18

14. Bestimmung der Größe der Personalvertretungen der Bundesanstalt für Arbeit bei Zuweisungen zu gemeinsamen Einrichtungen

(§ 16 BPersVG; § 14 BaWüPersVG; Art. 16 BayPVG; § 14 PersVG Bln; § 16 PersVG Bbg; § 12 Abs. 3 BremPersVG; § 14 HmbPersVG; § 12 Abs. 3 HPVG; § 13 PersVG MV; § 13 PersVG Nds; § 13 Abs. 3, 3 LPVG NW; § 12 Abs. 3, 4 PersVG RhP; § 15 Abs. 1, 2 SPersVG; § 16 SächsPersVG; § 16 LPersVG LSA; § 13 MBG SH; § 16 ThürPersVG)

Weder der Bezirkswahlvorstand noch der Hauptwahlvorstand darf die Zahl der zu wählenden Mitglieder des örtlichen Personalrates ermitteln. Der örtliche Wahlvorstand hat aus eigenen Rechten die Frage zu entscheiden, wie viele Mitglieder zum Personalrat zu wählen sind.

Die einer gemeinsamen Einrichtung zugewiesenen Beschäftigten sind bei der Bestimmung der Größe des Personalrats mit zu berücksichtigen.

Die gesetzliche Zuweisung nach § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II führt nicht dazu, dass die Zugehörigkeit der Beschäftigten zu ihrer bisherigen Dienststelle verloren gegangen ist.

Die Regelungen der §§ 44 b – 44 k, 50 SGB II führen dazu, dass bestimmte Mitbestimmungs- und Beteiligungstatbestände nach dem BPersVG weder von dem Personalrat bei der gemeinsamen Einrichtung, noch dem örtlichen Personalrat der zuweisenden Dienststelle ausgeübt werden können, sondern ein personalvertretungsrechtliches Vakuum entsteht. Dies gilt z.B. für jegliche Einführung und Anbindung technischer Einrichtungen bei den gemeinsamen Einrichtungen nach § 50 SGB II, die dazu bestimmt sind, das Verfahren oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen (§ 75 Abs. 3 Nr. 17 BPersVG).

Für die jeweiligen Beschäftigten der BA findet das Bundesdatenschutzgesetz und für die Beschäftigten der kommunalen Träger das jeweilige Landesdatenschutzgesetz Anwendung. Eine Regelung zum Umgang mit den Beschäftigtendaten oder gar eine Verweisung bezüglich der Beschäftigtendaten auf das Bundesdatenschutzgesetz enthält § 50 SGB II nicht.

VG Wiesbaden, Beschluss v. 30.8.2012 – 22 K 604/12.WI.PV – (n.rkr.)
ZfPR *online* 2/2013, S. 12

15. Ungültigkeit des Wahlvorschlags wegen fehlender Legitimation des unterzeichnenden Gewerkschaftsbeauftragten

(§ 19 BPersVG; § 17 BaWüPersVG; Art. 19 BayPVG; § 16 PersVG Bln; § 19 PersVG Bbg; § 15 BremPersVG; § 19 HmbPersVG; § 16 HPVG; § 15 PersVG MV; §§ 16, 17 PersVG Nds; § 16 LPVG NW; § 15 PersVG RhP; § 18 SPersVG; § 19 SächsPersVG; § 19 PersVG LSA; § 15 MBG SH; § 19 ThürPersVG)

Gem. § 16 Abs. 7 LPVG NRW muss jeder Wahlvorschlag einer Gewerkschaft von ihrem Beauftragten unterzeichnet sein. Bei der Fachgruppe des antragstellenden Verbandes VdLA bei einem Universitätsklinikum, die Mitglied der Gewerkschaft VdLA ist, handelt es sich zwar um einen Teil des gewerkschaftlich organisierten Verbandes VdLA und damit um eine Gewerkschaft im Sinne der

Vorschrift. Allerdings muss auch ihr Beauftragter gehandelt haben. Wer als Beauftragter der Gewerkschaft anzusehen ist, entscheidet die jeweilige Gewerkschaft selbst. Die Beauftragung muss sich entweder unmittelbar aus der Satzung der Gewerkschaft ergeben oder durch ihre satzungsmäßigen Organe ordnungsgemäß ausgesprochen worden sein.

(Orientierungssätze)

VG Düsseldorf, Beschluss v. 12.11.2010 – 34 K 6362/09.PVL –
ZfPR 2012, 40

16. Bestellung des Wahlvorstands für Personalratsneuwahl

(§§ 20, 21 BPersVG; §§ 20, 21 BaWüPersVG; Art. 20, 21 BayPVG; § 17 PersVG Bln; §§ 20, 21 PersVG Bbg; §§ 16, 17 BremPersVG; §§ 20, 21 HmbPersVG; §§ 17, 18 HPVG; § 18 PersVG Nds; §§ 17, 18 LPVG NW; § 16 PersVG RhP; §§ 19, 20 SPersVG; §§ 20, 21 SächsPersVG; §§ 20, 21 PersVG LSA; §§ 20, 21 ThürPersVG)

Bestimmt der Personalrat in den Fällen, in denen eine Neuwahl des Personalrats durchzuführen ist, nicht unverzüglich, längstens binnen zwei Wochen, einen Wahlvorstand, hat die Dienststelle auf Antrag eine Personalversammlung zur Wahl des Wahlvorstands einzuberufen.

Ein Rückgriff auf andere Vorschlagslisten nach § 31 Abs. 2 Satz 2 HmbPersVG ist auch dann ausgeschlossen, wenn dadurch eine außerordentliche Personalratsneuwahl erforderlich wird.

(zu 1. amtlicher Leitsatz, zu 2. Leitsatz der Schriftleitung)

VG Hamburg, Beschluss v. 14.3.2012 – 26 FLE 7/12 –

17. Kostenübernahme für Zusendung von Briefwahlunterlagen an Privatadressen

(§ 24 BPersVG; § 24 BaWüPersVG; Art. 24 BayPVG; §§ 20, 21 PersVG Bln; § 24 PersVG Bbg; § 20 BremPersVG; § 24 HmbPersVG; § 21 HPVG; §§ 26, 17 PersVG MV; § 25 PersVG Nds; § 21 LPVG NW; § 18 PersVG RhP; § 24 SPersVG; § 24 SächsPersVG; § 24 PersVG LSA; §§ 18, 19 MBG SH; § 24 ThürPersVG)

Die Dienststelle hat bei angeordneter schriftlicher Stimmabgabe die Portokosten für die Übersendung von Briefwahlunterlagen an die Privatanschriften aller Wahlberechtigten zu tragen, wenn dem Wahlvorstand die für die Durchführung der Personalratswahl relevanten Daten von Lehrkräften, die an andere Einsatzschulen abgeordnet sind, nicht bekannt sind.

VG Arnsberg, Beschluss v. 24.4.2012 – 20 K 1077/12.PVL –
ZfPR *online* 9/2012, S. 7

18. Verhinderung eines Mitglieds einer Jugend- und Auszubildendenvertretung

(§ 31 BPersVG; § 31 BaWüPersVG; Art. 31 Bay; § 28 PersVG Bln; § 31 PersVG Bbg; § 28 BremPersVG; § 31 HmbPersVG; § 28 HPVG; § 23 PersVG MV; § 27 PersVG Nds; § 28 LPVG NW; § 25 PersVG RhP; § 30 SPersVG; § 31 SächsPersVG; § 29 PersVG LSA; § 23 MBG SH; § 31 ThürPersVG)

Eine zeitweilige Verhinderung des gewählten Jugendvertreters gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 BPersVG liegt nur dann vor, wenn er zeitweise objektiv nicht in der Lage ist oder ihm nicht zugemutet werden kann, sein Amt auszuüben. Nur in diesen Fällen tritt das Ersatzmitglied für die Dauer der Verhinderung in die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ein.

Das Bundespersonalvertretungsgesetz räumt auch für Mitglieder der JAV der Tätigkeit in der Personalvertretung grundsätzlich einen Vorrang vor der dienstlichen Tätigkeit ein. Entscheidet sich ein Mitglied der JAV auch in Anbetracht seiner besonderen Ausbildungssituation dafür, wegen seiner übermäßigen dienstlichen Belastungen den Sitzungen der Personalvertretung fernzubleiben, liegt objektiv eine zeitweise Verhinderung im Sinne von § 31 Abs. 1 Satz 2 BPersVG nicht vor, so dass auch kein Ersatzmitglied geladen werden kann. Schutzwirkungen nach § 9 Abs. 2 BPersVG zugunsten des Ersatzmitglieds werden nicht ausgelöst.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 7.11.2012 – 17 LP 8/11 –
ZfPR *online* 1/2013, S. 13

19. Verzicht einer Gruppe auf Vertretung im Vorstand/Selbstständige Entscheidung in Personalangelegenheiten

(§ 32 BPersVG; §§ 32, 33 BaWüPersVG; Art. 32, 33 BayPVG; § 29 PersVG Bln; §§ 30, 32 BremPersVG; § 32 HmbPersVG; § 29 HPVG; § 24 PersVG MV; § 28 PersVG Nds; § 29 LPVG NW; §§ 26, 27 PersVG RhP; §§ 31, 32 SPersVG; §§ 33, 34 SächsPersVG; §§ 30, 31 PersVG LSA; § 24 MBG SH; § 33 ThürPersVG)

Der Verzicht auf eine Gruppenvertretung im Vorstand des Personalrats kann auch von einem Ersatzmitglied wirksam erklärt werden.

Zu den „Personalangelegenheiten“, über die ein Beschäftigter selbstständig entscheiden kann, gehören nur die mitbestimmungs- und mitwirkungsbedürftigen personellen Angelegenheiten.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Karlsruhe, Beschluss v. 30.09.2011 – PL 12 K 701/11 –
ZfPR *online* 5/2012, S. 10

20. Vernichtung von Personalratsunterlagen nach Neuwahlen

(§ 32 BPersVG; §§ 32, 33 BaWüPersVG; Art. 32, 33 BayPVG; § 29 PersVG Bln; §§ 30, 32 BremPersVG; § 32 HmbPersVG; § 29 HPVG; § 24 PersVG MV; § 28 PersVG Nds; § 29 LPVG NW; §§ 26, 27 PersVG RhP; §§ 31, 32 SPersVG; §§ 33, 34 SächsPersVG; §§ 30, 31 PersVG LSA; § 24 MBG SH; § 33 ThürPersVG)

Nicht dem Personalratsvorsitzenden, sondern dem Personalratsplenum steht die Befugnis zur Entscheidung darüber zu, ob Personalratsdaten gelöscht oder Personalratsunterlagen vernichtet werden sollen. Bei der Entscheidung ist zu berücksichtigen, ob es sich um Daten/Akten handelt, die der Nachfolgepersonalrat zur Fortführung laufender Angelegenheiten benötigt.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Ansbach, Beschluss v. 10.8.2011 – AN 8 PE 11.01502 –
ZfPR *online* 3/2012, S. 13

21. Berücksichtigung der stärksten Wahlvorschlagsliste bei der Wahl von Ergänzungsmitgliedern nach § 33 BPersVG

(§ 33 BPersVG; § 33 BaWüPersVG; Art. 33 BayPVG; § 32 HmbPersVG; § 31 SPersVG; § 30 LPersVG LSA; § 33 ThürPersVG)

Wenn bei der Wahl eines aus 13 Mitgliedern bestehenden Personalrats die stärkste Wahlvorschlagsliste nicht berücksichtigt worden ist, dann ist bei der nach § 33 BPersVG erforderlichen Ergänzungswahl im Hinblick auf die gesetzliche Intention ein Mitglied dieser Liste in den erweiterten Vorstand zu wählen

(Leitsatz der Schriftleitung)

VG Saarland, Beschluss v. 5.9.2012 – 8 K 507/12 – (n.rkr.)
ZfPR *online* 2/2013, S. 8

22. Nachträgliche Ergänzung der Tagesordnung für Personalratssitzungen

(§ 34 BPersVG; §§ 34, 35 BaWüPersVG; Art. 34 BayPVG; §§ 30, 31 PersVG Bln; §§ 34, 40 PersVG Bbg; §§ 31, 32 BremPersVG; §§ 34, 35, 37 HmbPersVG; § 31 HPVG; §§ 25, 40 PersVG MV; §§ 29, 30 PersVG Nds; § 30 LPVG NW; §§ 29, 32 PersVG RhP; §§ 33, 34 SPersVG; § 35 SächsPersVG; §§ 32, 38 LPersVG LSA; § 25 MBG SH; § 34 ThürPersVG)

Bei der Frage der Rechtzeitigkeit einer Ergänzung der Tagesordnung sind Umfang und Bedeutung der Angelegenheit ebenso wie deren Dringlichkeit zu berücksichtigen.

Eine Ergänzung der Tagesordnung ist aber regelmäßig nicht mehr rechtzeitig im Sinne von § 30 Abs. 2 Satz 3 LPVG NRW erfolgt, wenn der Beratungsgegenstand erst am Tag der Personalratssitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das gilt auch für dringliche Angelegenheiten.

Die nachträgliche Billigung einer in diesem Sinne zu spät vorgenommenen Ergänzung der Tagesordnung in der Personalratssitzung setzt voraus, dass die Personalratsmitglieder vollständig erschienen sind und ohne Ausnahme ihr Einverständnis erklären. Vertretung ordentlicher Personalratsmitglieder durch Ersatzmitglieder ist zulässig.

Hat ein Personalratsmitglied der Behandlung einer verspätet auf die Tagesordnung gesetzten Angelegenheit widersprochen und nimmt es dennoch an der folgenden Abstimmung teil, so bekundet es hierdurch kein Einverständnis mit der gesetzwidrigen Verfahrensweise selbst dann, wenn es der beabsichtigten Maßnahme zustimmt. Etwas anderes kann ausnahmsweise nur dann gelten, wenn es besondere Anhaltspunkte dafür gibt, dass das Personalratsmitglied seine Bedenken aufgegeben hat.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 13.12.2011 – 20 A 10/10.PVL –
ZfPR *online* 10/2012, S. 9

23. Folgen der Nichtbekanntgabe von Sitzungen des Personalrats gegenüber der Schwerbehindertenvertretung

(§ 34 BPersVG; §§ 34, 35 BaWüPersVG; Art. 34 BayPVG; §§ 30, 31 PersVG Bln; §§ 34, 40 PersVG Bbg; §§ 31, 32 BremPersVG; §§ 34, 35, 37 HmbPersVG; § 31 HPVG; §§ 25, 40 PersVG MV; §§ 29, 30 PersVG Nds; § 30 LPVG NW; §§ 29, 32 PersVG RhP; §§ 33, 34 SPersVG; § 35 SächsPersVG; §§ 32, 38 LPersVG LSA; § 25 MBG SH; § 34 ThürPersVG)

Werden dem Schwerbehindertenvertreter entgegen Art. 34 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 BayPVG Zeitpunkt und Tagesordnung der Personalratssitzung nicht bekannt gegeben, hat dies nicht die Nichtigkeit der Personalratsbeschlüsse, die in diesen Sitzungen gefasst wurden, zur Folge.

(Leitsatz der Schriftleitung)

VG Ansbach, Beschluss v. 17.4.2012 – AN 8 P 11.02408 – (n. rkr.)

24. Kein Anspruch einer Minderheitsliste im Betriebsrat auf Bereitstellung eines Büroraums zur alleinigen Nutzung

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Einer Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl („Minderheitsliste“) stehen nach der Wahl im Zusammenhang mit der Geschäftsführung des neu gewählten Betriebsrats keine „eigenen“ Aufgaben und Befugnisse zu. Sie kann daher nicht aus eigenem Recht vom Arbeitgeber oder von dem „Betriebsrat“, dem ihre Mitglieder selbst angehören, die Bereitstellung von Sachmitteln zur alleinigen Verfügung verlangen.

Die Mitglieder einer solchen Minderheitsliste haben gegenüber dem Betriebsratsgremium keinen Anspruch auf Bereitstellung eines Raums sowie entsprechender Büromittel wie Computer, Schreibtisch etc. zur alleinigen Verfügung. Das Betriebsratsgremium entscheidet in eigener Autonomie darüber, wie es seine personellen und sachlichen Ressourcen für seine Betriebsratsarbeit am besten nutzt.

LAG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 19.7.2011 – 7 TaBV 764/11 –
ZfPR *online* 5/2012, S. 16

25. Reisekosten für freigestellte Personalratsmitglieder für Fahrten zwischen Wohnung und Personalratsbüro

(§ 44 BPersVG; § 45 BaWüPersVG; Art. 44 BayPVG; § 40 PersVG Bln; § 44 PersVG Bbg; § 41 BremPersVG; § 46 HmbPersVG; § 42 HPVG; § 35 PersVG MV; § 37 PersVG Nds; § 40 LPVG NW; § 43 PersVG RhP; § 43 SPersVG; § 45 SächsPersVG; § 42 PersVG LSA; § 34 MBG SH; § 44 ThürPersVG)

Freigestellten Personalratsmitgliedern steht für die Fahrten zwischen Wohnung und Sitz des Personalrats außerhalb des Wohnortes und des bisherigen Dienstortes Trennungsgeld zu.

Auf diese Leistungen sind die Regelungen zum Leistungsausschluss für Fahrten innerhalb des Einzugsgebietes („30-km-Zone“) und die Ausschlussfrist in § 9 Abs. 1 Satz 1 TGV nicht anzuwenden.

BVerwG, Beschluss v. 28.11.2012 – 6 P 3.12 –
ZfPR *online* 1/2013, S. 6

26. Anforderungen an die Auswahl freizustellender Personalratsmitglieder/Antragsbefugnis zur Anfechtung des Freistellungsbeschlusses

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Die Entscheidung über die Auswahl seiner freizustellenden Mitglieder trifft der Personalrat aufgrund einer Ermessensentscheidung im Wege eines Beschlusses nach § 46 Abs. 4 SächsPersVG und damit nicht durch eine Wahl.

Für die Antragsbefugnis ist nicht zu fordern, dass entweder die Liste als Ganzes oder ein Mitglied unter Vollmacht der Liste das gerichtliche Verfahren anstrengt (entgegen: OVG Münster 11.3.1993 - 1 B 3549/92.PVB, ZfPR 1993, 158).

Die Auswahl, welches Personalratsmitglied freizustellen ist, trifft der Personalrat als eigene Ermessensentscheidung. Dieses Ermessen muss sachgerecht ausgeübt werden. Es kommt entscheidend darauf an, dass die Aufgaben der Personalvertretung ordnungsgemäß und wirksam erledigt werden können. In die Ermessensentscheidung können auch besondere Fähigkeiten und Kenntnisse eingestellt werden. Die Dauer der bisherigen Tätigkeit in der Personalvertretung darf jedoch nicht allein entscheidender Gesichtspunkt der Auswahl werden.

Das Auswahlermessen der Personalvertretung wird begrenzt durch die in § 46 Abs. 3 SächsPersVG vorgesehenen Kriterien.

(Orientierungssätze)

OVG Sachsen, Beschluss v. 18.4.2012 – PL 9 A 574/11 –
ZfPR *online* 11/2012, S. 6

27. Kriterien für Freistellung von Mitgliedern des Personalrats nach HmbPersVG

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Sinn und Zweck des § 49 Abs. 1 HmbPersVG gebieten, dass maßgebliches Kriterium für die Auswahl der freizustellenden Personalratsmitglieder die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung durch den Personalrat ist.

§ 49 Abs. 1 HmbPersVG gebietet keinen unbedingten Vorrang der Vorstandsmitglieder oder der Gruppensprecher im Rahmen des Freistellungsbeschlusses des Personalrats.

BVerwG, Beschluss v. 13.2.2012 – 6 PB 19.11 –
ZfPR *online* 4/2012, S. 9

28. Teilnahme eines freigestellten Bezirkspersonalratsmitglieds an der Arbeitszeitregelung der Mittelbehörde

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Wird ein Mitglied des örtlichen Personalrats in den Bezirkspersonalrat gewählt und für diese Tätigkeit von seiner Arbeitspflicht weitgehend freigestellt, wird er durch die Wahrnehmung seiner Aufgaben als Bezirkspersonalrat nicht Bediensteter der Mittelbehörde, bei der diese Stufenvertretung gebildet ist.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 13.12.2011 – 1 AZR 433/10 –
ZfPR *online* 11/2012, S. 14

29. Anspruch freigestellter Personalratsmitglieder auf Erteilung einer Beurteilungsfortschreibung

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Freigestellte Personalratsmitglieder haben keinen Anspruch darauf, im Zusammenhang mit einer Beurteilungsfortschreibung Akteneinsicht in die - nicht anonymisierte - Fassung der von der zuständigen Verwaltung gebildeten Vergleichsgruppe zu erhalten.

(Leitsatz der Schriftleitung)
VG Düsseldorf, Urteil v. 14.3.2012 – 10 K 6848/10 –
ZfPR *online* 9/2012, S. 9

30. Benachteiligung freigestellter Personalratsmitglieder durch Verweigerung der Teilnahme an Leistungsbezahlung

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Eine personalvertretungsrechtliche Streitigkeit i.S. des § 83 Abs. 1 Nr. 3 BPersVG liegt auch vor, wenn der Personalrat in seiner Gesamtheit einen Verstoß der Dienststelle gegen § 46 Abs. 3 Satz 6 BPersVG rügt.

§ 46 Abs. 3 Satz 6 BPersVG schützt nicht nur das einzelne freigestellte Mitglied des Personalrats vor Benachteiligung, sondern dient auch dem Schutz der Institution des Personalrats.

Leistungsstufen, Leistungsprämien und Leistungszulagen nach der Bundesleistungsbesoldungsverordnung gehören als Gelegenheit des beruflichen Fortkommens zum beruflichen Werdegang i.S. von § 46 Abs. 3 Satz 6 BPersVG. Deren generelle Versagung wegen der Freistellung für die Personalratstätigkeit stellt eine Beeinträchtigung dieses beruflichen Werdeganges dar.

OVG Hamburg v. 21.5.2012 – 7 Bf 161/11.PVB –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 7

31. Weitergewährung einer Funktionsstufe für ein freigestelltes Personalratsmitglied

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Nach § 46 Abs. 2 Satz 1 BPersVG hat die Versäumnis von Arbeitszeit, die zur ordnungsgemäßen Durchführung der Aufgaben des Personalrats erforderlich ist, keine Minderung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts zur Folge. Das Personalratsmitglied hat daher für die Dauer der erforderlichen Personalratstätigkeit Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts, das es erhalten hätte, wenn es keine Personalratstätigkeit verrichtet, sondern gearbeitet hätte. Die fortzuzahlende Vergütung bemisst sich nach dem „Lohnausfallprinzip“.

Während der Freistellung kann ein freigestelltes Personalratsmitglied alle Leistungen beanspruchen, die ihm vormals zur Abgeltung seiner Arbeitsleistung gewährt wurden. Dazu zählen die monatlichen Grundbezüge einschließlich der Amts- und Stellenzulagen, die ihm auf seinem Dienstposten als Gegenleistung für seine Tätigkeit zustehen. Ansprüche auf Aufwendungsersatz, die nur bei tatsächlicher Arbeit angefallen wären, gehören allerdings nicht zum fortzuzahlenden Arbeitsentgelt, wenn die Aufwendungen dem Personalratsmitglied infolge der Befreiung von der Arbeitspflicht nicht mehr entstehen.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 16.11.2011 – 7 AZR 458/10 –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 15

32. Nichtbeachtung des Gebots der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel im Zusammenhang mit Schulungskosten

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Eine Erstattungspflicht für Schulungskosten gemäß § 42 Abs. 1 SAPersVG setzt unter anderem voraus, dass der Personalrat beim Entsendungsbeschluss das Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel beachtet hat (Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung).

Erweist sich die erfolgte Durchführung einer Schulungsveranstaltung wegen Verstoßes gegen das Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel als nicht notwendig im Sinne von § 42 Abs. 1 SAPersVG, so lässt dies die Verpflichtung der Dienststelle unberührt, diejenigen Kosten zu erstatten, die bei einer dieses Gebot beachtenden Durchführung der Schulungsveranstaltung angefallen wären. Hierbei ist auf denjenigen Veranstaltungsort abzustellen, dessen Wahl die geringsten Kosten verursacht hätte. Etwaige frühere Angebote der Dienststelle, deren Annahme im Vergleich hierzu höhere Kosten verursacht hätten, bleiben außer Betracht.

BVerwG, Beschluss v. 12.11.2012 – 6 P 4.12 –
ZfPR *online* 3/2013, S. 8

33. Keine Kostenerstattung für Personalratsschulung über allgemein- und gewerkschaftspolitische Themen

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Die Dienststelle ist nur dann verpflichtet, die Kosten der Teilnahme eines Personalratsmitglieds an einer Schulungsveranstaltung zu übernehmen, wenn die Schulung objektiv für die Wahrnehmung der Aufgaben der Personalvertretung erforderlich ist und das Personalratsmitglied die vermittelten Kenntnisse für seine Tätigkeit im Rahmen des Personalrats benötigt. Eine bloße Geeignetheit der

Schulung für die Aufgaben des Personalrats, die lediglich im Rahmen des Freistellungsanspruchs nach § 46 Abs. 7 BPersVG genügt, reicht deshalb insoweit nicht aus. Objektiv erforderlich im Sinne des § 46 Abs. 6 BPersVG ist die Schulung vielmehr nur dann und insoweit, als der Personalrat ohne die Schulung des zu entsendenden Mitglieds seine personalvertretungsrechtlichen Befugnisse nicht sachgerecht wahrnehmen kann (Anschluss an BVerwG, Beschl. v. 14.6.2006, 6 P 13.05, BVerwGE 126, 122).

Die Dienststelle ist nach §§ 46 Abs. 6, 44 Abs. 1 BPersVG nicht verpflichtet, die Freistellung und Kostenübernahme für die Entsendung von Mitgliedern der örtlichen Personalräte der Dienststellen zu erklären, wenn die Veranstaltung allgemein- und gewerkschaftspolitische Themen betrifft und sich im Übrigen im Wesentlichen mit Themen befasst, die dem Zuständigkeitsbereich des Hauptpersonalrats unterliegen.

VG Hamburg, Beschluss v. 7.3.2012 – 23 FB 12/11 –
ZfPR *online* 11/2012, S. 12

34. Erforderlichkeit einer Schulung zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Sind einem Personalratsmitglied im Zusammenhang mit einer früheren Schulungsteilnahme dienstrechtliche Grundkenntnisse vermittelt worden, ist die Frage der Erforderlichkeit weiterer Schulungen zum Dienstrecht nach den strengen Grundsätzen zur Spezialschulung zu beurteilen.

Eine Schulung aller Beamtenvertreter über das im Jahre 2008 in Kraft getretene Dienstrechtsneuordnungsgesetz des Bundes ist nicht erforderlich. Das von der Personalvertretung zu beachtende Beamtenrecht hat hierdurch keine so nachhaltige Veränderung erfahren, dass die bisherigen Grundkenntnisse der Beamtenvertreter durch das neue Recht vollständig oder in wesentlichen Teilen entwertet und damit für sie nutzlos geworden sind.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 11.1.2012 – 17 LP 2/10 –

35. Tätigkeitszuweisung an Personalratsmitglieder nach Abschluss der Freistellungsphase

(§ 46 BPersVG; § 47 BaWüPersVG; Art. 46 BayPVG; § 42 PersVG Bln; §§ 45, 46 PersVG Bbg; § 39 BremPersVG; §§ 48, 49 HmbPersVG; § 40 HPVG; §§ 37, 38, 39 PersVG MV; §§ 39, 40 PersVG Nds; § 42 LPVG NW; §§ 39, 40, 41 PersVG RhP; § 45 SPersVG; §§ 46, 47 SächsPersVG; §§ 44, 45 PersVG LSA; §§ 36, 37 MBG SH; §§ 45, 46, ThürPersVG)

Mitgliedern des Personalrats steht aufgrund Personalvertretungsrechts kein Anspruch auf eine bestimmte Verwendung nach Beendigung ihrer Freistellung zu.

BVerwG, Beschluss v. 2.5.2012 – 6 PB 26.11 –

36. Keine Personalratsbeteiligung bei Zuweisung eines Personalratsmitglieds an gemeinsame Einrichtung

(§ 47 BPersVG; § 48 BaWüPersVG; Art. 47 BayPVG; § 44 PersVG Bln; § 47 PersVG Bbg; § 56 BremPersVG, § 108 BPersVG; § 50 HmbPersVG, § 108 BPersVG; §§ 64, 66 Abs. 2 HPVG; § 40 PersVG MV; § 41 PersVG Nds; § 43 LPVG NW; § 70 PersVG RhP; § 46 SPersVG; § 48 SächsPersVG; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Wird einem Mitglied des bei der Agentur für Arbeit gebildeten Personalrats auf der Grundlage des § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II eine Tätigkeit bei einer gemeinsamen Einrichtung gesetzlich zugewiesen, so bedarf dies nicht der Zustimmung des Personalrats der Agentur für Arbeit.

(Leitsatz der Schriftleitung)

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 5.9.2012 – 20 A 1903/11.PVB –
ZfPR *online* 11/2012, S. 2

37. Mitbestimmung bei gesetzlicher Zuweisung von Tätigkeiten an freigestellte Personalratsmitglieder im Jobcenter

(§ 47 BPersVG; § 48 BaWüPersVG, § 108 BPersVG; Art. 47 BayPVG; § 44 PersVG Bln; § 47 PersVG Bbg; § 56 BremPersVG, § 108 BPersVG; § 50 HmbPersVG, § 108 BPersVG; §§ 64, 66 Abs. 2 HPVG; § 40 PersVG MV; § 41 PersVG Nds; § 43 LPVG NW; § 70 PersVG RhP; § 46 SPersVG; § 48 SächsPersVG; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Die durch § 44 g Abs. 1 Satz 1 SGB II angeordnete Zuweisung von Tätigkeiten bei einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) an nicht voll freigestellte Mitglieder des Personalrats einer Agentur für Arbeit bedarf nicht dessen Zustimmung nach § 47 Abs. 2 BPersVG.

§ 47 Abs. 2 BPersVG findet auf die gesetzlich angeordnete Zuweisung von Tätigkeiten weder unmittelbar noch entsprechend Anwendung.

Als Folge der gesetzlichen Tätigkeitszuweisung erlischt die Mitgliedschaft im Personalrat der Agentur für Arbeit gemäß § 29 Abs. 1 Nrn. 4 und 5 BPersVG. Nach dem Erlöschen der Mitgliedschaft sind die (ehemaligen) Personalratsmitglieder nicht mehr berechtigt, an den Sitzungen des Personalrats teilzunehmen und für diesen Aufgaben nach dem BPersVG wahrzunehmen.

VG Arnsberg, Beschluss v. 24.5.2012 – 21 K 1021/11.PVB –

38. Zustimmungsersetzung zur außerordentlichen Kündigung eines Personalratsmitglieds

(§ 47 BPersVG; § 48 BaWüPersVG, § 108 BPersVG; Art. 47 BayPVG; § 44 PersVG Bln; § 47 PersVG Bbg; § 56 BremPersVG, § 108 BPersVG; § 50 HmbPersVG; § 108 BPersVG; §§ 64, 66 Abs. 2 HPVG; § 40 PersVG MV; § 41 PersVG Nds; § 43 LPVG NW; § 70 PersVG RhP; § 46 SPersVG; § 48 SächsPersVG; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Die zu § 9 Abs. 4 BPersVG entwickelten Anforderungen für die Einleitung eines Beschlussverfahrens, das auf die Beendigung eines mit einem Jugend- und Auszubildenden kraft Gesetzes entstandenen Arbeitsverhältnisses gerichtet ist, können nicht auf Verfahren nach § 47 Abs. 1 Satz 2 BPersVG zur Ersetzung der Zustimmung des Personalrats zur außerordentlichen Kündigung eines seiner Mitglieder übertragen werden.

Ein noch nicht rechtskräftig abgeschlossenes gerichtliches Zustimmungsersetzungsverfahren nach § 47 Abs. 1 Satz 2 BPersVG wird dadurch unzulässig, dass eine Kündigung während des noch laufenden Verfahrens - sei es auch nur versehentlich oder irrtümlich – ausgesprochen wird.

Das Benachteiligungsverbot aus § 8 BPersVG gebietet es für den Fall, dass der auf § 47 Abs. 1 Satz 2 BPersVG gestützte Zustimmungsersetzungsantrag des Dienststellenleiters im Beschwerdeverfahren abgewiesen wird, dem beteiligten Personalratsmitglied die in diesem Verfahren entstandenen Kosten in demselben Umfang zu erstatten, in dem ihm bei einem Obsiegen in einem entsprechenden Kündigungsschutzprozess ein Erstattungsanspruch gemäß § 91 ZPO gegen die Dienststelle zustünde.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.11.2011 – 20 A 869/09.PVB –

39. Außerordentliche Kündigung eines Personalratsmitglieds

(§ 47 BPersVG; § 48 BaWüPersVG, § 10 BPersVG; Art. 47 BayPVG; § 44 PersVG Bln; § 47 PersVG Bbg; § 56 BremPersVG, § 108 BPersVG; § 50 HmbPersVG, § 108 BPersVG; §§ 64, 66 Abs. 2 HPVG; § 40 PersVG MV; § 41 PersVG Nds; § 43 LPVG NW; § 70 PersVG RhP; § 46 SPersVG; § 48 SächsPersVG; § 46 PersVG LSA; § 38 MBG SH; § 47 ThürPersVG)

Hat der Personalrat die nach § 48 Abs. 1 SächsPersVG erforderliche Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines Mitglieds der Personalvertretung verweigert und hat das Verwaltungsgericht einem

Antrag des Arbeitgebers auf Ersetzung der Zustimmung stattgegeben, kann die Kündigung grundsätzlich erst dann wirksam erfolgen, wenn die gerichtliche Entscheidung formell rechtskräftig ist.

BAG, Urteil v. 24.11.2011 – 2 AZR 480/10 –

40. Dienststellenzugehörigkeit als Voraussetzung für das Teilnahmerecht an der Personalversammlung

(§ 48 BPersVG; § 49 BaWüPersVG; Art. 48 BayPVG; §§ 45, 46 Abs. 1 PersVG Bln; § 48 PersVG Bbg; § 43 BremPersVG; §§ 51, 53 HmbPersVG; § 44 HPVG; § 41 PersVG MV; § 42 PersVG Nds; § 45 LPVG NW; § 47 PersVG RhP; § 47 SPersVG; § 49 SächsPersVG; § 47 PersVG LSA; § 39 MBG SH; § 48 ThürPersVG)

Für das Recht auf Teilnahme an der Personalversammlung ist neben der Beschäftigteneigenschaft nach § 4 BPersVG die Dienststellenzugehörigkeit erforderlich.

Beschäftigte der Bundesagentur, denen Tätigkeiten beim Job-Center zugewiesen werden, verlieren ihr Recht auf Teilnahme an der Personalversammlung ihrer bisherigen Dienststelle spätestens nach Maßgabe der Fristenregelung in § 13 Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 BPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 20.11.2012 – 6 PB 14.12 –
ZfPR *online* 2/2013, S. 3

41. Abhalten der Personalversammlung während der Arbeitszeit

(§ 50 BPersVG; § 51 BaWüPersVG; Art. 50 BayPVG; § 48 PersVG Bln; § 50 PersVG Bbg; § 45 BremPersVG; § 54 HmbPersVG; § 46 HPVG; § 43 PersVG MV; § 44 PersVG Nds; § 47 LPVG NW; § 49 PersVG RhP; § 50 SPersVG; § 51 SächsPersVG; § 49 PersVG LSA; § 41 MBG SH; § 50 ThürPersVG)

§ 49 Abs. 1 PersVG RhP fordert nicht, die Teilnahme von Orchestermusikern an Personalversammlungen als Dienst im Sinne von § 12 Abs. 1 Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern vom 31. Oktober 2009 (TVK) anzurechnen.

BVerwG, Beschluss v. 13.3.2012 – 6 PB 23.11 –

42. Einsichtnahme des Personalrats in Lohn- und Gehaltslisten/Keine Beschränkung auf Vorstandsmitglieder

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

§ 78 Abs. 2 Satz 1 und 2 HmbPersVG bildet eine bereichsspezifische Rechtsgrundlage für die Einsichtnahme des Personalrats in Lohn- und Gehaltslisten, die zu dem hiermit verbundenen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ermächtigt und insoweit den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsanforderungen genügt.

Die Einsichtnahme des Personalrats in Lohn- und Gehaltslisten gehört nicht zu den Vorstandsmitgliedern vorbehaltenen laufenden Geschäften im Sinne von § 33 Abs. 1 Satz 1 HmbPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 2.12 –

43. Unzulässigkeit einer Dienstvereinbarung zur Einräumung eines uneingeschränkten Einsichtsrecht für den Personalrat in Arbeitszeitunterlagen

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Dienstvereinbarungen, die das BPersVG nicht ausdrücklich vorsieht, sind unzulässig.

Der Personalvertretung kann durch Dienstvereinbarung kein uneingeschränktes Einsichts-, Prüfungs- und Auskunftsrecht in alle elektronisch geführten Arbeitszeitunterlagen und -daten der Beschäftigten eingeräumt werden.

Ein solches globales Einsichts-, Prüfungs- und Auskunftsrecht findet auch in § 68 Abs. 2 BPersVG keine Rechtsgrundlage.

VG Arnsberg, Beschluss v. 24.5.2012 – 21 K 2764/10.PVB

44. Umfang der Unterrichtung des Personalrats bei Eingruppierung

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; § 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Beantragt die Dienststelle die Zustimmung des Personalrats zur Eingruppierung, muss sie auch die beabsichtigte Erfahrungsstufe angeben.

Bei Eingruppierungsabsichten der Dienststelle genügt diese ihrer Pflicht zur Unterrichtung des Personalrats regelmäßig nicht schon durch die Weitergabe der Stellenbeschreibung. Erforderlich ist die Darstellung der auf die einzelnen Arbeitsvorgänge bezogenen Bewertungsüberlegungen des Arbeitgebers.

VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 4.10.2011 – 23 K 1924/11.F – (n.rkr.)

45. Unwirksamkeit der Versetzung wegen unzureichender Information des Personalrats

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; §§ 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Eine unzureichende Information des Personalrats der bisherigen oder der aufnehmenden Dienststelle führen trotz fehlendem Begründungsverlangen und trotz Zustimmung des Personalrats zur Unwirksamkeit einer Versetzung.

Erfolgt die Auswahl zur Versetzung sachwidrig aus einem zu kleinen Auswahlkreis und wird nicht substantiiert dargelegt, dass auch bei zutreffendem Auswahlkreis das Ergebnis das gleiche gewesen wäre, so ist die Versetzung unbillig und damit unwirksam.

ArbG Magdeburg, Urteil v. 11.1.2012 – 3 Ca 2501/11 –

46. Mitwirkung des Personalrats bei der Abgabe dienstlicher Beurteilungen

(§ 68 BPersVG; § 68 BaWüPersVG; Art. 69 BayPVG; §§ 72, 73 PersVG Bln; §§ 58, 60 PersVG Bbg; § 54 BremPersVG; §§ 78, 78 a HmbPersVG; § 62 HPVG; §§ 60, 61 PersVG MV; §§ 59, 60, 61 PersVG Nds; §§ 64, 65 LPVG NW; § 69 PersVG RhP; §§ 68, 71 SPersVG; § 73 SächsPersVG; § 57 PersVG LSA; §§ 2, 49 MBG SH; § 68 ThürPersVG)

Zur – eingeschränkten – Pflicht der Dienststellenleitung im Rahmen der Mitwirkung des Personalrats bei der Abgabe dienstlicher Beurteilungen, Einzelheiten der von der zu beurteilenden Lehrkraft besuchten Fortbildungsveranstaltungen als Grundlage für eine Beurteilung des Tätigkeitsmerkmals Fortbildung bekannt zu geben.

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 8.3.2012 – 60 PV 10.11 –

47. Maßnahmebegriff und Stellenbewertung

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Stellenbewertungen sind keine mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen im Sinne von § 2 Abs. 1, § 51 Abs. 1 Satz 1 MBG SH.

BVerwG, Beschluss v. 5.10.2011 – 6 P 19.10 –
ZfPR *online* 4/2012, S. 2

48. Fortsetzung des Mitbestimmungsverfahrens/Mitbestimmungspflichtigkeit der dienststelleninternen Geschäftsverteilung nach MBG SH

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Wertet die Dienststelle die Zustimmungsverweigerung des Personalrats als unbeachtlich und wird durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung festgestellt, dass der Abbruch des Mitbestimmungsverfahrens unzulässig ist, so ist im Anschluss daran das Mitbestimmungsverfahren auf der Ebene, auf der es abgebrochen worden ist, unverzüglich fortzusetzen; mit der gerichtlichen Feststellung der Beachtlichkeit wird die Frist von zehn Arbeitstagen für die Vorlage der Angelegenheit an die oberste Dienstbehörde nach § 52 Abs. 6 Satz 1 MBG SH in Lauf gesetzt.

Bei der Deutschen Rentenversicherung Nord ist deren Vorstand oberste Dienstbehörde; dieser kann die Wahrnehmung der Mitbestimmungsangelegenheiten einem Erledigungsausschuss übertragen.

Liegt nach Ablauf der Frist des § 54 Abs. 3 Satz 4 MBG SH in den Fällen der eingeschränkten Mitbestimmung der Beschluss der Einigungsstelle nicht vor und gibt es für diese Verzögerung keinen anzuerkennenden Grund, so ist die oberste Dienstbehörde berechtigt, die endgültige Entscheidung zu treffen.

Regelungen zur dienststelleninternen Geschäftsverteilung unterliegen der Mitbestimmung des Personalrats.

Vorläufige Regelungen der Dienststelle sind grundsätzlich zu befristen.

BVerwG, Beschluss v. 29.2.2012 – 6 P 2.11 –
ZfPR *online* 5/2012, S. 4

49. Befassung des Personalrats mit erneuter Mitbestimmungsvorlage bei unveränderter Sach- und Rechtslage

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Der Personalrat ist – von Fällen des Rechtsmissbrauchs abgesehen – zwecks Vermeidung des Eintritts der Billigungsfiktion nach § 69 Abs. 2 Satz 5 BPersVG gehalten, sich mit einer Mitbestimmungsvorlage bei unveränderter Sach- und Rechtslage erneut zu befassen, nachdem er einen ersten Antrag auf Zustimmung abgelehnt hatte, ohne dass der Dienststellenleiter das Stufenverfahren eingeleitet hat.

BVerwG, Beschluss v. 12.9.2011 – 6 PB 13.11 –
ZfPR 2012, 34

50. Eintritt der Zustimmungsfiktion bei Nichtbehandlung eines erneuten Antrags der Dienststelle

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Der Personalrat ist – von Fällen des Rechtsmissbrauchs abgesehen – zur Vermeidung des Eintritts der Zustimmungsfiktion nach § 68 Abs. 2 Satz 6 1. Alt. PersVG Nds gehalten, sich auch mit einem zweiten Antrag der Dienststelle auf Erteilung der Zustimmung zu einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme zu befassen, nachdem er einen ersten Antrag auf Zustimmung abgelehnt hatte, ohne dass die Dienststelle das Nichteinigungsverfahren eingeleitet hat (Anschluss an die zum BPersVG ergangene Entscheidung des BVerwG, Beschl. v. 12.9.2011 – 6 PB 13.11 –).

Bei der Zustimmungsfiktion des § 68 Abs. 2 Satz 6 1. Alt. PersVG Nds handelt es sich um eine restriktiv anzuwendende Ausnahmegvorschrift.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 17.4.2012 – 18 LP 1/11 –

51. Nachholung der Mitbestimmung bei Änderung der Rechtsprechung

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Die Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Frage der Mitbestimmungspflichtigkeit einer Maßnahme hat keinen generellen Anspruch des Personalrats auf Nachholung der Mitbestimmung zur Folge.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 14.9.2011 – 18 LP 11/09 –

52. Nachholung einer Anhörung des Personalrats

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Ist vor der Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung der Personalrat nicht angehört worden, kommt nach Ergehen der insoweit letzten Verwaltungsentscheidung weder eine Heilung gemäß § 45 VwVfG NRW, noch eine Unbeachtlichkeit des Anhörungsmangels gemäß § 46 VwVfG NRW in Betracht.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 27.3.2012 – 6 B 1362/11 –

53. Beteiligung des Personalrats bei Wiederholungskündigung

(§ 69 BPersVG; § 69 BaWüPersVG; Art. 70 BayPVG; §§ 79, 80, 81 PersVG Bln; § 61 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; §§ 79, 81 HmbPersVG; §§ 69, 70, 73 HPVG; § 62 PersVG MV; §§ 64, 68, 70, 74, 107 b PersVG Nds; §§ 66, 68 LPVG NW; §§ 73, 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 79 SächsPersVG; §§ 62, 69 PersVG LSA; § 52 MBG SH; § 69 ThürPersVG)

Hat der Arbeitgeber nach Beteiligung des Personalrats eine außerordentliche, hilfsweise ordentliche Kündigung ausgesprochen, die dem Arbeitnehmer zugegangen ist, bedarf es vor Ausspruch einer neuen (weiteren) Kündigung einer erneuten Personalratsbeteiligung. Das gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber nach zwischenzeitlicher Zustimmung des Integrationsamtes die (zweite) Kündigung auf den gleichen Kündigungssachverhalt stützt.

LAG Rheinland-Pfalz, Urteil v. 27.3.2012 – 3 Sa 603/11 –

54. Subsidiarität einer Fragebogenaktion des Personalrats zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes bei Erstellung einer Gefährdungsanalyse durch die Dienststelle

(§ 70 BPersVG; § 70 BaWüPersVG; Art. 70a BayPVG; § 79 PersVG Bln; § 69 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; § 79 HmbPersVG; § 69 HPVG; § 65 PersVG MV; § 69 PersVG Nds; § 66 LPVG NW; § 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 83 SächsPersVG; § 62, 69 PersVG LSA; § 56 MBG SH; § 70 ThürPersVG)

Aufgrund des Gebots der vertrauensvollen Zusammenarbeit gemäß § 2 Abs. 1 BlnPersVG ist dem Personalrat eine Fragebogenaktion, mit der die Erforderlichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz ermittelt werden soll, verwehrt, wenn die Dienststelle ihrerseits eine Gefährdungsanalyse gemäß § 5 Abs. 1 ArbSchG vorbereitet.

BVerwG, Beschluss v. 8.8.2012 – 6 PB 8.12 –
ZfPR 2013, 4

55. Kein Initiativrecht zur Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung

(§ 70 BPersVG; § 70 BaWüPersVG; Art. 70a BayPVG; § 79 PersVG Bln; § 69 PersVG Bbg; § 58 BremPersVG; § 79 HmbPersVG; § 69 HPVG; § 65 PersVG MV; § 69 PersVG Nds; § 66 LPVG NW; § 74 PersVG RhP; § 73 SPersVG; § 83 SächsPersVG; § 62, 69 PersVG LSA; § 56 MBG SH; § 70 ThürPersVG)

Die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Abs. 1 ArbSchG ist keine Maßnahme im Sinne § 69 Abs. 1 BPersVG und würde auch ansonsten angesichts der Regelungen in § 81 BPersVG nicht nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG („Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen“) der Mitbestimmung des Personalrats unterliegen (im Anschluss an BVerwG, Beschluss vom 14.10.2002 - 6 P 4.00 -, PersR 2003, 113 = PersV 2003, 186).

Dass nach der Rechtsprechung des BAG (Beschlüsse vom 8.6. 2004 - 1 ABR 13/03 -, BAGE 111, 36, und - 1 ABR 4/03 -, BAGE 111, 48) dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG bei der Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Abs. 1 ArbSchG zusteht, gibt für die Auslegung des Mitbestimmungsstatbestands aus § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG nichts her.

OVG Nordrhein-Westfalen v. 25.8.2011 – 16 A 1361/10.PVB –
ZfPR *online* 3/2012, S. 10

56. Formelle Wirksamkeitserfordernisse für eine Dienstvereinbarung/Verhältnis von Tarifvorbehalt und Tarifvorrang

(§ 73 BPersVG; §§ 71, 73 BaWüPersVG; Art. 73 BayPVG; § 74 PersVG Bln; §§ 60, 62, 70 PersVG Bbg; § 62 BremPersVG; § 83 HmbPersVG; § 113 HPVG; §§ 60, 66 PersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPVG NW; § 76 PersVG RhP; § 76 SPersVG; § 84 SächsPersVG; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Dienstvereinbarungen im Sinne von § 74 BlnPersVG bedürfen nicht der Bekanntmachung, um rechtliche Wirksamkeit zu erlangen.

Die Wirksamkeit von Dienstvereinbarungen in Angelegenheiten der zwingenden Mitbestimmung nach § 85 BlnPersVG bestimmt sich nicht nach § 75 BlnPersVG.

Der Tarifvorbehalt gemäß § 75 Satz 1 BlnPersVG greift auch in Bezug auf Tarifverträge, an welche die Dienststelle nicht gebunden ist.

Eine der Sperrwirkung nach § 75 Satz 1 BlnPersVG unterfallende Dienstvereinbarung ist nicht nichtig, sondern schwebend unwirksam. Die Sperrwirkung kann nachträglich durch einen rückwirkenden Tarifvertrag aufgehoben werden.

BVerwG, Beschluss v. 9.3.2012 – 6 P 27.10 –
ZfPR *online* 6/2012, S. 3

57. Personalübergang von einem öffentlichen Arbeitgeber auf den anderen/Weitergeltung des Tarifvertrags nach Übergang

(§ 73 BPersVG; §§ 71, 73 BaWüPersVG; Art. 73 BayPVG; § 74 PersVG Bln; §§ 60, 62, 70 PersVG Bbg; § 62 BremPersVG; § 83 HmbPersVG; § 113 HPVG; §§ 60, 66 PersVG MV; § 78 LPersVG Nds; § 70 LPVG NW; § 76 PersVG RhP; § 76 SPersVG; § 84 SächsPersVG; § 70 PersVG LSA; §§ 51, 57 MBG SH; § 72 ThürPersVG)

Erfolgt ein Betriebsübergang kraft Gesetzes, so schließt dies die Anwendung der Betriebsübergangsrichtlinie nicht aus.

Auch der Personalübergang von einem öffentlichen Arbeitgeber auf einen anderen öffentlichen Arbeitgeber kann unter bestimmten Umständen einen Betriebsübergang iSd Betriebsübergangsrichtlinie darstellen.

(Leitsätze der Schriftleitung)

EuGH, Urteil v. 6.9.2011 – C 108/10

ZfPR 2012, 66

58. Zuständige Interessenvertretung zur Beteiligung in personellen Angelegenheiten des übergeleiteten Personals der ehemaligen Bundesanstalt für Flugsicherung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der Leiter der Dienststelle Flugsicherung beim Luftfahrt-Bundesamt ist zuständig, in allen von § 75 Abs. 1 und § 76 Abs. 1 BPersVG erfassten Angelegenheiten des übergeleiteten Personals der ehemaligen Bundesanstalt für Flugsicherung zu entscheiden.

Diese Maßnahmen unterliegen der Mitbestimmung des Personalrats der Dienststelle Flugsicherung unabhängig davon, ob zugleich die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH ihre Betriebsräte zu beteiligen hat.

BVerwG, Beschluss v. 16.4.2012 – 6 P 1.11 –

ZfPR *online* 10/2012, S. 2

59. Anwendung von Mitbestimmungstatbeständen auf arbeitnehmerähnliche Personen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

§ 80 Abs. 1 Buchst. b Nr. 10 SaarPersVG findet bei Beendigung oder Einschränkung der Tätigkeit von Mitarbeitern des Saarländischen Rundfunks, die dem Tarifvertrag für die beim Saarländischen Rundfunk beschäftigten arbeitnehmerähnlichen Personen nach § 12a TVG vom 13. April 1978, zuletzt geändert am 8. Juli 2009 („TV 12a SR“), unterfallen, entsprechende Anwendung.

BVerwG, Beschluss v. 17.12.2012 – 6 P 6.12 –

ZfPR *online* 3/2013, S. 2

60. Zuständigkeit des Universitätspersonalrats bei Arbeitszeitregelung für das in privater Rechtsform geführte Universitätsklinikum

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Wenn ein Universitätsklinikum in privater Rechtsform organisiert ist und ihm von der Universität wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal im Landesdienst gestellt oder zugewiesen ist, ist der eigenständige Personalrat bei der Universität für dieses Personal nur dann zuständig, wenn die Zuständigkeit des im Klinikum eingerichteten Betriebsrats nach den betriebsverfassungsrechtlichen Vorschriften nicht gegeben ist.

Der Betriebsrat eines privatrechtlich organisierten Universitätsklinikums ist in Bezug auf Arbeitszeitregelungen auch für wissenschaftlich tätige Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zuständig, so dass insoweit eine Zuständigkeit des eigenständigen Personalrats ausscheidet.

§ 5 Abs. 1 Satz 3 BetrVG n. F. - auch in Verbindung mit § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG - ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

VGH Hessen, Beschluss v. 28.8.2012 – 22 A 161/11.PV –
ZfPR *online* 2/2013, S. 6

61. Mitbestimmung bei „Reaktivierung“ eines Beamten

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Neuberufung eines wegen Dienstunfähigkeit in den vorzeitigen Ruhestand versetzten Beamten in das Beamtenverhältnis nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit stellt eine Neubegründung eines Beamtenverhältnisses, also eine Einstellung im beamtenrechtlichen Sinne dar.

Eine derartige Einstellung löst unter dem Gesichtspunkt der Einstellung das Mitbestimmungsrecht nach § 76 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG aus. Dieses erstreckt sich nicht allein auf die Einstellung im statusrechtlichen Sinne, sondern auch auf die mit dem für den Beamten geplanten konkreten Einsatz zusammenhängenden Fragen. Das gilt auch, wenn sich die Tätigkeit des Beamten von der Tätigkeit vor der Versetzung in den Ruhestand unterscheidet.

Im Bereich des Postpersonalrechtsgesetzes folgt daraus, dass für ein Mitbestimmungsrecht nach § 99 BetrVG kein Raum ist.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Beschluss v. 15.8.2012 – 7 ABR 6/11 –
ZfPR *online* 3/2013, S. 18

62. Keine Mitbestimmung bei der Beschäftigung von Strafgefangenen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Beschäftigung von Strafgefangenen in einer Dienststelle auf der Grundlage von § 37 Abs. 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 Nr. 1 StVollzG unterliegt nicht der Mitbestimmung bei Einstellungen nach § 72 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LPVG NRW.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 17.8.2012 – 20 A 697/11.PVL –

63. Keine Inhaltskontrolle in Bezug auf Einstellungsbedingungen von Psychologen in Ausbildung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Frage, ob bzw. in welcher Höhe einem Psychologen in Ausbildung für seine Tätigkeit in einer psychiatrischen klinischen Einrichtung ein Entgelt gezahlt wird, ist nicht Gegenstand der Mitbestimmung des (Gesamt)Personalrats; der Personalrat ist nicht befugt, die Aufstellung eines neuen Entgeltsystems zu verlangen.

VGH Bayern, Beschluss v. 11.12.2012 – 17 P 11.879 –

64. Mitbestimmung des Personalrats bei befristeter Einstellung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Stimmt der Personalrat nach Einleitung eines Mitbestimmungsverfahrens und Bitte um Erteilung der Zustimmung einer Einstellung einer bestimmten Arbeitnehmerin und der Befristung ihres Arbeitsverhältnisses zu, so liegt darin nicht gleichzeitig die Zustimmung bzgl. der weiteren geeigneten Bewerber, die in einer Rankingliste aufgeführt sind. Dies ist rechtlich auch dann nicht möglich, wenn der Personalrat dies wollte und der Arbeitgeber damit einverstanden war.

Wird später über die beabsichtigte Einstellung einer anderen Arbeitnehmerin aus der Rankingliste durch den Arbeitgeber informiert, kann darin regelmäßig nicht die Einleitung eines erneuten Zustimmungsverfahrens gesehen werden.

LAG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 1.6.2011 – 15 Sa 2622/10 –

65. Mitbestimmung bei der Erstfestsetzung der Erfahrungsstufen bei Einstellung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung (§ 76 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG) erfasst auch die damit im Zusammenhang stehende Erstfestsetzung der Erfahrungsstufe.

Die Mitbestimmung bei der erstmaligen Erfahrungsstufenfestsetzung beschränkt sich nicht auf die in § 28 Abs. 1 BBesG genannten Tatbestände oder solche Fälle, in denen für die Dienststelle Richtlinien zur Ausübung des ihr nach § 28 Abs. 2 BBesG zustehenden Ermessens bestehen. Auch eine im Rahmen ihres Ermessens getroffene Entscheidung der Dienststelle zur Festsetzung der individuellen Erfahrungsstufe ist mit Blick auf einen eventuellen Verstoß gegen das Gebot des § 67 Abs. 1 BPersVG vom Personalrat mitzubestimmen.

Wird ohne den zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit einer Einstellung über die Gewährung von Erfahrungsstufen entschieden, kann die Entscheidung der Dienststelle in Bezug auf Arbeitnehmer als Eingruppierung nach § 75 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG selbstständig mitbestimmungspflichtig sein. Für Beamtinnen und Beamte scheidet insoweit ein eigenes Mitbestimmungsrecht mangels einer einschlägigen gesetzlichen Regelung aus.

(zu 1. amtl. Leitsatz, zu 2. und 3. Leitsätze der Schriftleitung)
VG Frankfurt a.M., Beschluss v. 10.10.2011 – 22 K 1823/11.F.PV –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 11

66. Mitbestimmung bei Stufenzuordnung (TV-V)

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Mitbestimmung bei der Eingruppierung nach § 5 Abs. 1 und 2 TV-V erstreckt sich auch auf die Stufenzuordnung. In diesem Zusammenhang ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Betriebsrat im Rahmen der Unterrichtung nach § 99 Abs. 1 BetrVG mitzuteilen, ob und in welchem Umfang er „förderliche Zeiten“ bei der Stufenzuordnung anrechnen will. Der Arbeitgeber ist indessen nicht verpflichtet, dem Betriebsrat einen synoptischen Vergleich zwischen den gesammelten Berufserfahrungen des Arbeitnehmers und dem konkreten Anforderungsprofil der zu besetzenden Stelle mitzuteilen. Dieser Akt fällt in die mitbestimmungsfreie Ermessensausübung des Arbeitgebers.

LAG Schleswig-Holstein, Beschluss v. 15.9.2011 – 5 TaBV 19/11 –

67. Beteiligung des Personalrats beim Einsatz von Leiharbeitnehmern

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Beteiligungspflichtigkeit der Übernahme eines Leiharbeitnehmers zur Arbeitsleistung gemäß § 14 Abs. 3 AÜG gilt für Personalvertretungen im öffentlichen Dienst eines Landes nur, wenn das Landesrecht dies bestimmt. Dies ist im Hinblick auf das Land Berlin nicht der Fall.

Bei Prüfung des Vorliegens einer Einstellung im Sinne von § 87 Nr. 1 BlnPersVG sind grundsätzlich die Einsatzzeiten verschiedener Leiharbeitnehmer nicht zu summieren.

BVerwG, Beschluss v. 25.4.2012 – 6 PB 24.11 –
ZfPR *online* 9/2012, S. 2

68. Keine Mitbestimmung bei Gewährung außertariflicher Zulagen im Einzelfall

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Eine im Einzelfall vorgenommene Gewährung außertariflicher Zulagen stellt grundsätzlich keine mitbestimmungspflichtige Eingruppierung dar.

BVerwG, Beschluss v. 15.5.2012 – 6 P 9.11 –
ZfPR *online* 9/2012, S. 3

69. Mitbestimmung bei Zuweisung eines neuen Arbeitsplatzes unter Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Weist der Dienststellenleiter einem Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsplatz zu und beabsichtigt er die Beibehaltung der bisherigen Eingruppierung, so unterliegt dies der Mitbestimmung des Personalrats bei Eingruppierung; dies gilt auch, wenn der neue Arbeitsplatz schon einmal unter Beteiligung des Personalrats bewertet worden war.

BVerwG, Beschluss v. 8.11.2011 – 6 P 23.10 –
ZfPR 2012, 35

70. Mitbestimmung bei Versetzung von Beamten eines Postnachfolgeunternehmens aus einem stillgelegten in einen anderen Betrieb

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Der restmandatierte Betriebsrat hat kein Mitbestimmungsrecht bei Versetzungen, wenn Beamte eines Postnachfolgeunternehmens von einem stillgelegten Betrieb zu anderen Betrieben des Unternehmens wechseln.

Die Individualinteressen dieser Beamten, insbesondere ihr Recht auf amtsangemessene Weiterbeschäftigung, werden durch die Mitbestimmung des Betriebsrats beim Sozialplan hinreichend gewahrt.

BVerwG, Beschluss v. 25.1.2012 – 6 P 25.10
ZfPR *online* 3/2012, S. 2

71. Mitwirkung der Personalvertretung bei Versetzung zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool)

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Eine „Versetzung“ zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool) vor Ablauf der Frist zur Stellungnahme für den Personalrat ist unwirksam. Das Mitwirkungsrecht aus § 84 Abs. 1 PersVG Berlin will dem Personalrat durch ein gesetzlich geregeltes Beteiligungsverfahren die Möglichkeit eröffnen zu überprüfen, ob der Arbeitgeber bei der mitwirkungspflichtigen personellen Einzelmaßnahme zugunsten des betroffenen Beschäftigten die gesetzlichen, tariflichen oder innerdienstlichen Regelungen beachtet und ggf. eine dem Einzelfall gerecht werdende Interessenabwägung vorgenommen hat. Der Beschäftigte kann sich auf die Verletzung des Mitwirkungsverfahrens berufen.

Die Mitwirkung der Personalvertretung kann nur nach einer umfassenden Unterrichtung gemäß § 84 Abs. 1 PersVG Berlin erfolgen. Im Falle einer „Versetzung“ zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool) gehört dazu, dass der Personalrat ua. die Wirksamkeit der Zuordnung des Arbeitnehmers zum Personalüberhang nachvollziehen kann. Diese Zuordnung entfaltet zwar für sich betrachtet keine unmittelbaren Rechtswirkungen für das Arbeitsverhältnis. Sie ist aber notwendiges Teilelement eines Gesamtvorgangs nach dem Stellenpoolgesetz Berlin. Durfte der Arbeitnehmer nicht dem Personalüberhang zugeordnet werden, ist die anschließende „Versetzung“ zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool) unwirksam.

Die Zuordnung zum Personalüberhang richtet sich nach der VV-Auswahl. An diese Verwaltungsvorschrift bindet sich das Land Berlin bei seiner Auswahlentscheidung selbst. Außenwirkung erlangt sie über die Verwaltungspraxis und den Gleichheitssatz. Das Land hat den Personalrat daher vollständig darüber zu informieren, auf welchen nach der VV-Auswahl anzustellenden Auswahlüberlegungen die getroffene Entscheidung beruht.

Nach § 84 Abs. 2 Satz 1 PersVG Berlin gilt eine von dem Land Berlin beabsichtigte Maßnahme als gebilligt, wenn sich die Personalvertretung dazu nicht innerhalb von zwei Wochen äußert. § 99 c Abs. 2 Satz 3 PersVG Berlin sieht abweichend davon eine vierwöchige Stellungnahmefrist vor, wenn die der „Versetzung“ zum Zentralen Personalüberhangmanagement (Stellenpool) vorgelagerte Zuordnung zum Personalüberhang vor Inkrafttreten des Stellenpoolgesetzes am 1. Januar 2004 erfolgt ist. Die Zuordnungsentscheidung kann als innerbehördliche organisatorische Entscheidung jederzeit einseitig rückgängig gemacht und ggf. zu einem späteren Zeitpunkt unter Beachtung des Mitwirkungsrechts der Personalvertretung nach § 99 c Abs. 2 Satz 1 PersVG Berlin erneut vorgenommen werden. Eine nach dem Stichtag des 1. Januar 2004 erneut getroffene Zuordnungsentscheidung löst nur noch die zweiwöchige und nicht mehr die vierwöchige Stellungnahmefrist aus.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)
BAG, Urteil v. 1.6.2011 – 7 AZR 117/10 –

72. Mitbestimmung bei Abordnungen

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Frage, ob der für das Vorliegen einer Abordnung notwendige Wechsel der Dienststelle vorliegt, ist auf Grundlage des dienstrechtlichen Behördenbegriffs und nicht des personalvertretungsrechtlichen Dienststellenbegriffs zu klären.

Nur dem Polizeipräsidenten in Berlin, nicht aber seinen Untergliederungen kommt Behördeneigenschaft zu.

BVerwG, Beschluss v. 19.3.2012 – 6 P 6.11 –
ZfPR *online* 5/2012, S. 8

73. Mitbestimmung bei Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit an eine Arbeitnehmerin nach dem 1. Oktober 2005

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Ob die Übertragung einer bestimmten Tätigkeit auf eine Arbeitnehmerin nach dem 1. Oktober 2005 mit einer Höhergruppierung verbunden ist und deswegen zur Mitbestimmung bei Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit führt, ist an Hand der Anlage 3 TVÜ-VKA zu beantworten.

BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 4.12 –
ZfPR *online* 2/2013, S. 2

74. Mitbestimmung des Personalrats bei vorübergehender Übertragung höherwertiger Tätigkeiten

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die vertretungsweise Übertragung höherwertiger Tätigkeiten unterfällt grundsätzlich nicht der Mitbestimmung gemäß § 88 Nr. 7 BlnPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 22.12.2011 – 6 PB 18.11 –
ZfPR *online* 4/2012, S. 3

75. Mitbestimmung bei Übertragung höher zu bewertender Tätigkeit im Job-Center

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Agentur für Arbeit ist nicht für die Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit in der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) zuständig.

Maßt sich die Agentur für Arbeit eine über § 44d Abs. 4, § 44g Abs. 5 SGB II hinausgehende Zuständigkeit an, ist deren örtliche Personalvertretung nicht zur Mitbestimmung bzw. Mitwirkung berufen.

Zur Verfassungsgemäßheit der Regelungen über die Personalvertretung der gemeinsamen Einrichtung.

VG Berlin, Beschluss v. 22.9.2011 – 71 K 9.11 –
ZfPR *online* 6/2012, S. 9

76. Keine Mitbestimmung des Personalrats bei Gefährdungsbeurteilung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG ; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG ist keine Maßnahme, die der Mitbestimmung nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG unterfällt.

BVerwG, Beschluss v. 5.3.2012 – 6 PB 25.11 –
ZfPR *online* 6/2012, S. 2

77. Zum Finalitätserfordernis bei der Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz und bei Hebung der Arbeitsleistung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Ob es sich um eine Maßnahme „zur“ Verhütung von Dienst- oder Arbeitsunfällen oder sonstigen Gesundheitsschädigungen im Sinne des Mitbestimmungstatbestandes nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG handelt, beurteilt sich anhand einer objektiv-finalen Betrachtungsweise.

Die Grundsätze zur Finalität im Rahmen der Mitbestimmung bei Hebung der Arbeitsleistung nach § 76 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 BPersVG sind nicht auf die Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz zu übertragen.

BVerwG, Beschluss v. 13.9.2012 – 6 PB 10.12 –
ZfPR 2013, 6

78. Mitbestimmung bei Einrichtung von Großraumbüros bei Bestehen einer Dienstvereinbarung über einzuhaltende Mindeststandards

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Bei Einrichtung und Ausgestaltung von Großraumbüros hat der Personalrat ein Mitbestimmungsrecht nach § 75 Abs. 3 Nrn. 11 und 16 BPersVG.

Enthält eine Dienstvereinbarung Regelungen über das Ob der Einrichtung von Großraumbüros, legt sie bezüglich des Wie aber nur Kriterien für Mindeststandards fest und enthält zu den Maßnahmen der konkreten Einrichtung im Einzelnen und Ausgestaltung der Großraumbüros im Detail keine weitergehende Regelung, so ist insoweit die Mitbestimmung nicht ausgeschlossen.

(Leitsätze der Schriftleitung)
VGH Bayern, Beschluss v. 9.5.2011 – 18 P 09.2249 –
ZfPR *online* 10/2012, S. 7

79. Beteiligungsfähigkeit von Umstrukturierungsfolgen bei gesetzlicher Kreisgebietsneuordnung/ Begriff der Rationalisierungsmaßnahme

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Erfolgen behördliche Umorganisationen – insbesondere solche, die die Aufbau- und Ablauforganisation betreffen – in einem mehraktigen, gestuften Prozess, so sind Handlungen und Entscheidungen ab der zweiten Reformstufe *jedenfalls* dann personalvertretungsrechtlich als Rationalisierungsmaßnahmen einzustufen, wenn die erste Reformstufe Rationalisierungen auf den Folgestufen intendiert, für die Folgestufen ein behördlicher Entscheidungsspielraum besteht und eine Effizienzsteigerungsabsicht gegeben ist.

(Leitsatz der Schriftleitung)
OVG Sachsen, Beschluss v. 2.10.2012 – PL 9 A 170/11 –
ZfPR 2013, 37

80. Mitbestimmung des Personalrats beim Absehen von der Ausschreibung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Im Bereich der Bundesbeamten unterliegt jede Stellenbesetzung, welche der Dienststellenleiter ohne Ausschreibung vorzunehmen beabsichtigt, der Mitbestimmung des Personalrats gemäß § 75 Abs. 3 Nr. 14 BPersVG.

BVerwG, Beschluss v. 4.5.2012 – 6 PB 1.12 –
ZfPR *online* 6/2012, S. 7

81. Mitbestimmung beim Absehen von der Ausschreibung im Fall einer Dienstpostenbesetzung durch statusgerechte Umsetzung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

In einem personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren ist ein ehrenamtlicher Richter nicht deshalb von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, weil er dem bei der Bundesfinanzdirektion Nord als Mittelbehörde gebildeten Bezirkspersonalrat (Stufenvertretung) angehört und an dem Verfahren der bei einer nachgeordneten Dienststelle gebildete örtliche Personalrat sowie die Leiterin dieser Dienststelle beteiligt sind.

Das Absehen von der nach § 8 Abs. 1 BBG grundsätzlich erforderlichen Ausschreibung unterliegt auch dann der Mitbestimmung, wenn von der in § 4 Abs. 3 Nr. 1 BLV geregelten Ausnahme Gebrauch gemacht und Dienstposten durch statusgerechte Umsetzungen besetzt werden sollen.

Die Mitbestimmung beim Absehen von einer Ausschreibung ist nicht im Wege einer Dienstvereinbarung durch die im Juni 2010 vom Bundesministerium der Finanzen mit Zustimmung des Hauptpersonalrats erlassenen „Regelung für die Ausschreibung und Besetzung von Dienstposten in der Zollverwaltung und der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein - ARZV -“ ausgeübt.

OVG Hamburg, Beschluss v. 8.11.2011 – 7 Bf 104/11.PVB –
ZfPR *online* 3/2012, S. 7

82. Mitbestimmung des Personalrats beim Entzug durch die Dienststelle bereitgestellter kostenloser Parkplätze

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Die kostenlose Bereitstellung von Parkplätzen durch die Dienststelle für die Beschäftigten stellt die Einrichtung und Verwaltung einer Sozialeinrichtung i.S.d. § 75 Abs. 3 Nr. 5 BPersVG dar.

Die Verwaltung und Beschränkung einer Sozialeinrichtung unterliegt der Mitbestimmung des Personalrats der entscheidungsbefugten Dienststelle, so dass der einseitig angeordnete Entzug einer Parkberechtigung ohne Zustimmung des Personalrats unwirksam ist.

Die informelle Beteiligung des stellvertretenden Vorsitzenden des Personalrats bei der Vorbereitung der Entscheidung zum Entzug einer früher erteilten Parkberechtigung kann die Durchführung eines ordnungsgemäßen Mitbestimmungsverfahrens nicht ersetzen.

(Orientierungssätze)
VG Frankfurt a. M., Beschluss v. 23.12.2011 – 9 L 4874/11.F –
ZfPR *online* 11/2012, S. 9

83. Kein Mitbestimmungsrecht des Jobcenter-Personalrats bei Voice-over-IP

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Eine Telefonanlage einer gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter) mit der Voice-over-IP-Technologie, die durch die Bundesagentur für Arbeit zentral verwaltet wird, entzieht sich der Mitbestimmung durch den örtlichen Personalrat.

VG Berlin, Beschluss v. 23.5.2012 – 71 K 20.11 PVB –
ZfPR 2013, 7

84. Mitbestimmung bei einvernehmlicher Regelung der Arbeitszeit/Erfordernis einer kollektiven Regelung

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Zum Erfordernis einer kollektiven Regelung für die Frage des Bestehens eines Mitbestimmungsrechts nach § 72 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 LPVG NRW bei einer Maßnahme zu Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sowie zur Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage (hier verneint bei der Umsetzung von Schulsekretärinnen).

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 25.1.2012 – 20 A 199/10.PVL –

85. Mitbestimmungsrecht bei der Anordnung von Rufbereitschaft

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Jedenfalls nach dem Saarländischen Personalvertretungsrecht steht dem Personalrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Anordnung von Rufbereitschaft zu. Gleiches gilt auch für die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder, obwohl sie den Begriff „Rufbereitschaft“ nicht ausdrücklich verwenden.

(Leitsätze der Schriftleitung)
VG Saarland, Beschluss v. 2.8.2012 – 9 K 88/12 –
ZfPR *online* 9/2012, S. 13

86. Mitwirkung bei der Bewertung einzelner Arbeitsplätze nach HPVG

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Das Mitwirkungsrecht des Personalrats nach § 81 Abs. 2 HPVG bei Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung bezieht sich auf die Bewertung jedes einzelnen Arbeitsplatzes bzw. Dienstpostens.

VG Frankfurt, Beschluss v. 4.10.2011 – 23 K 1634/11.F.PV –

87. Mitbestimmung bei Anordnung amtsärztlicher Untersuchung/Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand nach MBG SH

(§§ 75, 76 BPersVG; §§ 75, 76, 78, 79 BaWüPersVG; Art. 73, 75, 76 BayPVG; §§ 75, 85, 86, 87, 88, 99 d PersVG Bln; §§ 63, 64, 65, 66 PersVG Bbg; §§ 52, 63, 65, 66 BremPersVG; §§ 86, 87 HmbPersVG; §§ 74, 75, 77, 78 HPVG; §§ 68, 69, 70 PersVG MV; §§ 64, 65, 66, 67 PersVG Nds; §§ 72, 73 LPVG NW; §§ 78, 79, 80 PersVG RhP; §§ 78, 80, 84 SPersVG; §§ 80, 81 SächsPersVG; §§ 65, 66, 67, 69 PersVG LSA; §§ 2, 51 MBG SH; §§ 74, 75 ThürPersVG)

Verweigert ein Beamter eine vom Dienstherrn angeordnete ärztliche Untersuchung zur Klärung seiner Dienstfähigkeit, so darf dies nur dann zu seinem Nachteil gewertet werden, wenn die Untersuchungsanordnung rechtmäßig ist.

Für die nach § 56 Abs. 1 oder § 208 Abs. 2 Satz 1 LBV erforderliche Feststellung der Dienstunfähigkeit durch den unmittelbaren Dienstvorgesetzten kann nicht auf eine Feststellung aus einem früheren Zurruehesetzungsverfahren zurückgegriffen werden.

Die Unterlassung der gebotenen Beteiligung des Personalrats hat die Rechtswidrigkeit der Untersuchungsanordnung zur Folge.

BVerwG, Urteil v. 26.1.2012 – 2 C 7.11 –

88. Antragsabhängige Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten von wissenschaftlichen Mitarbeitern

(§ 77 BPersVG; §§ 81, 82 BaWüPersVG; Art. 75, 78 Bay; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Bei Anwendung von § 81 Satz 1 LPersVG, wonach die Mitbestimmung des Personalrats in personellen Angelegenheiten von Bediensteten mit überwiegend wissenschaftlicher Tätigkeit nur auf deren Antrag hin greift, ist aufgrund von § 99 Abs. 2 LPersVG auf den Hochschulrechtlichen Status des Betroffenen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und nicht auf die materiellen Merkmale seiner Tätigkeit abzustellen.

BVerwG, Beschluss v. 14.8.2012 – 6 PB 9.12 –
ZfPR *online* 10/2012, S. 6

89. Keine Antragsabhängigkeit der Mitbestimmung der Vertreter von zu selbstständigen Entscheidungen in Personalangelegenheiten befugten Dienstkräften

(§ 77 BPersVG; §§ 81, 82 BaWüPersVG; Art. 75, 78 Bay; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Diejenigen Personen, die Dienstkräfte im Sinne von § 88 Abs. 1 Alt. 2 HmbPersVG vertreten, fallen nicht deshalb unter diese Vorschrift, weil sie im Vertretungsfall dieselben Aufgaben wahrzunehmen haben.

Zu den Dienstkräften mit Entscheidungsbefugnis in Personalangelegenheiten gehört deshalb zwar der ständige Vertreter, nicht aber weitere Vertretungspersonen.

(zu 1. amtl. LS, zu 2. LS der Schriftleitung)
BVerwG, Beschluss v. 16.5.2012 – 6 PB 3.12 –
ZfPR *online* 9/2012, S. 5

90. Begründung der Zustimmungsverweigerungsverweigerung bei Einstellung

(§ 77 BPersVG; §§ 81, 82 BaWüPersVG; Art. 75, 78 Bay; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Die Zustimmungsverweigerung eines Personalrats bei der Einstellung eines neuen Mitarbeiters unter dem allgemeinen Hinweis auf hierdurch möglicherweise beeinträchtigte Belange bereits vorhandener Mitarbeiter ist jedenfalls dann unbeachtlich, wenn sich auf die ausgeschriebene Stelle keine Mitarbeiter der Dienststelle beworben haben.

OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss v. 17.10.2012 – 5 A 10523/12 –
ZfPR 2013, 34

91. Zustimmungsverweigerung bei Übertragung funktionsstufenrelevanter (Zusatz)Aufgaben bei der BA

(§ 77 BPersVG; §§ 81, 82 BaWüPersVG; Art. 75, 78 Bay; § 89 PersVG Bln; §§ 62, 63 PersVG Bbg; § 65 BremPersVG; §§ 87, 88, 89 HmbPersVG; §§ 77, 79 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; §§ 66, 72 LPVG NW; § 81 PersVG RhP; §§ 80, 81 SPersVG; § 82 SächsPersVG; § 68 PersVG LSA; §§ 51, 56 MBG SH; § 76 ThürPersVG)

Der Personalrat kann seine Zustimmungsverweigerung zu der Übertragung von funktionsstufenrelevanten (Zusatz-)Aufgaben bei der Bundesagentur für Arbeit nicht beachtlich damit begründen, vor der Aufgabenübertragung hätte eine Ausschreibung oder ein Interessenbekundungsverfahren stattfinden müssen.

Nr. 4 des Handbuchs des Dienstrechts Allgemeiner Teil A 120 „Dienstpostenausschreibung und Bewerbermanagement BA“ begründet keine Pflicht zur Ausschreibung bei der Übertragung von funktionsstufenrelevanten (Zusatz)Aufgaben.

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss v. 23.5.2012 – 20 A 1333/11.PVB –

92. Mitwirkungsbedürftigkeit einer Verwaltungsvorschrift/Verdrängung von Mitwirkungs- durch Mitbestimmungstatbestände

(§ 78 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 76 BayPVG; § 90 PersVG Bln; § 68 PersVG Bbg; §§ 54, 55, 67 BremPersVG; §§ 84, 87 HmbPersVG; §§ 63, 81 HPVG; § 68 PersVG MV; § 75 PersVG Nds; §§ 73, 75 LPVG NW; §§ 80, 84 PersVG RhP; §§ 83, 84 SPersVG; §§ 73, 77, 81 SächsPersVG; §§ 60, 69 LPersVG LSA; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Trifft eine Dienstanweisung nur Vorgaben zur Auslegung staatlich erlassenen oder tarifvertraglich vereinbarten Rechts, so stellt sie keine Verwaltungsvorschrift i.S.v. § 90 Nr. 2 BlnPersVG dar, weil sie nicht gestaltend in die Belange der Beschäftigten eingreift.

Die Mitbestimmungstatbestände nach § 85 BlnPersVG verdrängen den Mitwirkungstatbestand nach § 90 Nr. 2 BlnPersVG auch dann, wenn das Mitbestimmungsrecht infolge einer vorrangigen gesetzlichen oder tarifvertraglichen Regelung ausgeschlossen ist.

BVerwG, Beschluss v. 7.2.2012 – 6 P 26.10 –
ZfPR *online* 4/2012, S. 5

93. Beteiligung bei Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf

(§ 78 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 76 BayPVG; § 90 PersVG Bln; § 68 PersVG Bbg; §§ 54, 55, 67 BremPersVG ; §§ 84, 87 HmbPersVG; §§ 63, 81 HPVG; § 68 PersVG MV; § 75 PersVG Nds; §§ 73, 75 LPVG NW; §§ 80, 84 PersVG RhP; §§ 83, 84 SPersVG; §§ 73, 77, 81 SächsPersVG; § 60, 69 LPersVG LSA; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Die Entlassung eines Beamten auf Widerruf wegen Dienstunfähigkeit gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 3 BeamtStG unterliegt nach dem Personalvertretungsrecht in Niedersachsen keiner Mitbestimmung des Personalrats.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 18.12.2012 – 5 LA 347/11 –

94. Beteiligung beim Neubau des Gebäudes einer Schule

(§ 78 BPersVG; § 80 BaWüPersVG; Art. 76 BayPVG; § 90 PersVG Bln; § 68 PersVG Bbg; §§ 54, 55, 67 BremPersVG; §§ 84, 87 HmbPersVG; §§ 63, 81 HPVG; § 68 PersVG MV; § 75 PersVG Nds; §§ 73, 75 LPVG NW; §§ 80, 84 PersVG RhP; §§ 83, 84 SPersVG; §§ 73, 77, 81 SächsPersVG; §§ 60, 69 LPersVG LSA; §§ 75a, 77 ThürPersVG)

Nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz – HPVG – hat auch der nicht zur Entscheidung befugte Dienststellenleiter den ihm zugeordneten Personalrat zu beteiligen, wenn diesem ein Beteiligungsrecht zusteht (§ 83 Abs. 1 Satz 1 HPVG).

Ist ein Beteiligungstatbestand erfüllt, dann steht grundsätzlich den Personalvertretungsorganen der Lehrer das Beteiligungsrecht auch an Entscheidungen des kommunalen Schulträgers zu.

Jedoch gewährt § 81 Abs. 4 iVm Abs. 3 HPVG in Bezug auf Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Diensträumen nur ein Anhörungsrecht; ein gleichzeitig vorliegendes Mitbestimmungsrecht tritt zurück (§ 81 Abs. 5 HPVG). Dies gilt auch für den Neubau einer bereits bestehenden Schule.

§ 81 Abs. 5 HPVG wird durch die europarechtliche Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. Vom 29. Juni 1989, S. 1-6) nicht ausgeschlossen oder überlagert.

Die Richtlinie 89/391/EWG führt nicht dazu, dass das Anhörungsrecht des § 81 Abs. 4 iVm Abs. 3 HPVG zu einem Mitwirkungsrecht wird.

VGH Hessen, Beschluss v. 12.6.2012 – 22 A 2170/11.PV –

95. Beteiligung bei außerordentlicher Kündigung/Verfassungskonforme Auslegung der Vorschriften des PersVG Berlin zu Besetzung und Kompetenzen der Einigungsstelle

(§ 79 BPersVG; § 77 BaWüPersVG, § 108 BPersVG; Art. 77 BayPVG; § 87 PersVG Bln; §§ 63, 68 PersVG Bbg; §§ 52, 65 BremPersVG; § 87 HmbPersVG; §§ 77, 78 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; § 74 LPVG NW; §§ 82, 83 PersVG RhP; § 80 SPersVG; §§ 73, 78 SächsPersVG; § 67 PersVG LSA; § 51 MBG SH; § 78 ThürPersVG)

Spricht der öffentliche Arbeitgeber Kündigungen aus, obwohl der Personalrat seine Zustimmung verweigert hatte, § 79 Abs. 1, § 87 Nr. 8 PersVG BE 2004, und hatte die Einigungsstelle zum Zeitpunkt des Kündigungsausspruchs die Zustimmung des Personalrats nicht ersetzt, sind die ausgesprochenen Kündigungen unwirksam, § 108 Abs. 2 BPersVG 1974.

Bei verfassungskonformer Auslegung verstößt § 83 Abs. 3 Satz 3 PersVG BE 2004 iVm. § 79 Abs. 1 PersVG BE 2004, § 87 Nr. 8 PersVG BE 2004 nicht gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes.

(Orientierungssätze der Richterinnen und Richter des BAG)

BAG, Urteil v. 27.1.2011 – 2 AZR 744/09 –

ZfPR *online* 4/2012, S. 13

96. Erhebliche Einwendungen des Personalrats bei ordentlicher Kündigung

(§ 79 BPersVG; § 77 BaWüPersVG, § 108 BPersVG; Art. 77 BayPVG; § 87 PersVG Bln; §§ 63, 68 PersVG Bbg; §§ 52, 65 BremPersVG; § 87 HmbPersVG; §§ 77, 78 HPVG; § 68 PersVG MV; § 65 PersVG Nds; § 74 LPVG NW; §§ 82, 83 PersVG RhP; § 80 SPersVG; §§ 73, 78 SächsPersVG; § 67 PersVG LSA; § 51 MBG SH; § 78 ThürPersVG)

Im Mitwirkungsverfahren nach dem LPVG NW bei Ausspruch einer ordentlichen Kündigung sind erhebliche Einwendungen im Sinne des § 69 Abs. 2 Satz 1 LPVG NW, die geeignet sind in das zweistufige Mitwirkungsverfahren einzuleiten, nur solche, die auch der Mitwirkungstatbestand bei ordentlichen Kündigungen gemäß § 74 Abs. 1 LPVG NW vorsieht.

LAG Köln, Urteil v. 5.5.2011 – 13 Sa 1462/10 –

97. Geltendmachung von Mängeln im Verfahren der Anhörung durch die Stufenvertretung

(§ 82 BPersVG; § 85 BaWüPersVG; Art. 80 BayPVG; §§ 54, 59 PersVG Bln; §§ 75, 76 PersVG Bbg; §§ 22a, 50 BremPersVG; § 92 HmbPersVG; §§ 63, 83 HPVG; §§ 73, 74 PersVG MV; §§ 79, 80 PersVG Nds; § 78 LPVG NW; § 53 PersVG RhP; § 54 SPersVG; § 87 SächsPersVG; § 71 LPersVG LSA; §§ 60, 61 MBG SH; § 82 ThürPersVG)

Von ihr behauptete Mängel bei der Anhörung nachgeordneter Vertretungen im Rahmen eines Stufenverfahrens kann eine örtliche Personalvertretung nicht gegenüber dem Leiter vorgesetzter Dienststellen geltend machen.

Ein Anspruch auf Aussetzung eines Beteiligungsverfahrens steht einer Personalvertretung nicht zu.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 24.11.2011 – 62 PV 10.11 –
ZfPR *online* 1/2013, S. 9

98. Gegenstandswert bei Zustimmungsersetzungsverfahren

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Der Gegenstandswert eines personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahrens, das den Antrag des Arbeitgebers auf Ersetzung der Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines Personalratsmitglieds betrifft, beträgt 5.000,00 EUR.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 14.9.2011 – 18 LP 15/10 –

99. Vorläufiger Rechtsschutz im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren zur Feststellung des aktiven und passiven Wahlrechts

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Vorläufiger Rechtsschutz im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren lässt lediglich einen Ausspruch verfahrenssichernden Inhalts zu, der über einen Feststellungsanspruch hinaus auch eine vorläufige Regelung möglich macht.

Das Ruhen der Mitgliedschaft nach § 30 BPersVG ist zwingende Folge u. a. der vorläufigen Enthebung vom Dienst eines Beamten, auch wenn er in-sich-beurlaubt nach § 387 Abs. 3 SGB III ist.

Das Ruhen der Mitgliedschaft hindert das betreffende Personalratsmitglied zwar an der Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte, nicht aber daran, sich aktiv und passiv an den bevorstehenden Personalratswahlen zu beteiligen.

(zu 1. und 2. amtl. Leitsätze, zu 3. Leitsatz der Schriftleitung)

VG Saarland, Beschluss v. 27.2.2012 – 8 L 114/12 –
ZfPR *online* 10/2012, S. 18

100. Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung zur Durchsetzung des Anspruchs auf Teilnahme an einer Grundschulung für neu gewählte Personalratsmitglieder

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Ein erstmals gewähltes Personalratsmitglied hat nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Anspruch auf Grundschulung „spätestens bis zum Ende des auf die Personalratswahl folgenden Kalenderjahres“. Liegt die Wahl des Personalratsmitglieds erst wenige Monate zurück, scheidet mangels Unaufschiebbarkeit deshalb der Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Bewilligung zur Schulungsteilnahme aus. Es konnte im Streitfall nicht glaubhaft gemacht werden, dass die Schulung alleine durch

das streitgegenständliche Seminarangebot sicherzustellen ist und innerhalb des genannten Zeitrahmens kein kostengünstigeres Seminarangebot der Gewerkschaft des Personalratsmitglieds zur Verfügung stehen wird.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Saarland, Beschluss v. 8.6.2012 – 8 L 547/12 –

101. Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Ein Anspruch des Personalrats auf Unterlassen oder Rückgängigmachen einer Maßnahme des Dienststellenleiters besteht im Geltungsbereich des BPersVG nicht.

Ein (möglicher) Verstoß gegen ein Beteiligungsrecht des Personalrats sowie der mögliche Nachteil, dass er wegen der Dauer des Verfahrens in der Hauptsache eine etwaige Missachtung des Beteiligungsrechts ggf. über einen längeren Zeitraum hinnehmen müsste, bilden als solche noch keinen Verfügungsgrund.

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 29.3.2012 – 62 PV 1.12 –

102. Keine Unterlassungsansprüche im personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Unterlassungsanträge sind im personalvertretungsrechtlichen Verfahren nicht zulässig; die Verwaltungsgerichte dürfen ihre Prüfung nicht auf die Rechtsfolgen erstrecken, die aus einer Verletzung des Beteiligungsrechts der Personalvertretung folgen.

Das Bundespersonalvertretungsrecht enthält keine dem § 23 Abs. 3 Satz 1 BetrVG entsprechende Regelung.

Das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren dient der objektiven Klärung und Feststellung von personalvertretungsrechtlichen Pflichten, Befugnissen und Zuständigkeiten. Unterlassungsanträge sind nicht zulässig.

(Leitsätze der Schriftleitung)

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss v. 15.2.2012 – 6 M 3/11 –
ZfPR *online* 10/2012, S. 12

103. Doppelter Beteiligtenwechsel bei Zusammenlegung mehrerer Dienststellen

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Der Personalrat einer aus ursprünglich mehreren Dienststellen gebildeten neuen Dienststelle kann kraft eigenen Rechts in ein Beschlussverfahren eintreten, das von einem Personalrat einer der nunmehr aufgelösten ursprünglichen Dienststellen eingeleitet worden ist. An diesem Verfahren ist bei Übergang der Aufgaben der Dienststellenleiter der neu gebildeten Dienststelle zu beteiligen.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 9.11.2011 – 18 LP 10/09 –

104. Fehlende Rechtsmittelbefugnis des ehemaligen Dienststellenleiters bei einem Streit um die Wirksamkeit einer Dienstvereinbarung

(§ 83 BPersVG; § 86 BaWüPersVG; Art. 81 BayPVG; § 91 PersVG Bln; § 95 PersVG Bbg; § 70 BremPersVG; § 100 HmbPersVG; § 83 HPVG; § 87 PersVG MV; § 83 PersVG Nds; § 79 LPVG NW; § 121 PersVG RhP; § 113 SPersVG; § 88 SächsPersVG; § 78 PersVG LSA; § 88 MBG SH; § 83 ThürPersVG)

Die Beteiligtenstellung in einem personalvertretungsrechtlichen Beschlussverfahren kann sich materiellrechtlich neben einer ausdrücklichen gesetzlichen Anordnung (z. B. §§ 41 Abs. 4 Satz 3, 58 Abs. 4 Satz 2 PersVG Nds) daraus ergeben, dass jemand durch den sich aus dem Antrag ergebenden Verfahrensgegenstand unmittelbar in einer ihm durch das Personalvertretungsrecht eingeräumten Rechtsstellung berührt ist.

Die personalvertretungsrechtliche Rechtsposition, in der der Dienststellenleiter bei dem Streit um die Wirksamkeit einer Dienstvereinbarung unmittelbar betroffen ist, ist nicht an eine bestimmte Person geknüpft, sondern wird im Beschlussverfahren allein vom jeweils aktuellen Leiter der Dienststelle repräsentiert. Zivilrechtliche Individualinteressen eines ehemaligen Dienststellenleiters am Ausgang des Beschlussverfahrens vermögen eine unmittelbare Betroffenheit in einer personalvertretungsrechtlichen Rechtsposition nicht zu begründen.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 9.11.2011 – 18 LP 10/10 –

105. Bestimmung des Status als Ortskraft im Sinne des § 91 BPersVG

(§ 91 BPersVG)

Ortskräfte im Sinne von § 91 Abs. 1 Nr. 1 BPersVG sind Personen, die nicht von einer Dienststelle im Inland entsandt, sondern von einer Auslandsdienststelle an Ort und Stelle eingestellt worden sind.

BVerwG, Beschluss v. 9.3.2012 – 6 PB 27.11 –
ZfPR *online* 7-8/2012, S. 2

B. Rechtsprechung zur Wahlordnung

1. Anfechtung einer Personalratswahl wegen fehlerhafter Bekanntmachung des Wahlausschreibens

(§ 6 BPersVVO; § 8 WO BaWüPersVG; § 6 WO BayPVG; § 5 WO PersVG Bln; § 7 WO PersVG Bbg; § 6 WO BremPersVG; § 6 WO HmbPersVG; § 6 WO HPVG; § 8 WO PersVG MV; § 6 WO PersVG Nds; § 6 WO LPVG NW; § 6 WO PersVG RhP; § 6 WO SPersVG; § 6 WO SächsPersVG; § 6 WO PersVG LSA; § 8 WO MBG SH; § 6 WO ThürPersVG)

Der Grundsatz der Gleichheit der Wahl gebietet, alle Bekanntmachungen auch solchen Wahlberechtigten zugänglich zu machen, die an eine andere Behörde abgeordnet sind und damit außerhalb derjenigen Dienststelle ihren Dienst versehen, in der Bekanntmachungen in Papierform ausgehängt werden. Nach PersVG Nds ist der Wahlvorstand in diesem Fall berechtigt und verpflichtet, diese Beschäftigten entweder schriftlich oder aber in elektronischer Form zu unterrichten.

Wird im Wahlausschreiben gemeinsame Wahl angekündigt, die Wahl dann aber mit entsprechenden Stimmzetteln als Gruppenwahl durchgeführt, begründet der Verstoß nur dann die Wahlanfechtung, wenn er sich auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben kann.

(Leitsätze der Schriftleitung)

VG Hannover, Beschluss v. 29.11.2011 – 17 A 1603/11 –
ZfPR *online* 3/2013, S. 14

2. Inhalt der Bekanntmachung von Wahlvorschlägen durch den Wahlvorstand

(§ 13 BPersVVO; § 17 WO BaWüPersVG; § 13 WO BayPVG; § 12 WO PersVG Bln; § 14 WO PersVG Bbg; § 13 WO BremPersVG; § 13 WO HmbPersVG; § 15 WO HPVG; § 15 WO PersVG MV; § 15 WO PersVG Nds; § 12 WO LPVG NW; § 13 WO PersVG RhP; § 13 WO SPersVG; § 13 WO SächsPersVG; § 13 WO PersVG LSA; § 15 WO MBG SH; § 13 WO ThürPersVG)

Es verstößt gegen eine wesentliche Vorschrift über das Wahlverfahren (§ 13 Abs. 1 BPersVVO) und kann das Wahlergebnis beeinflussen, wenn der Wahlvorstand die Wahlvorschläge für die Personalratswahl nur mit den jeweils ersten beiden Bewerbern der Listen durch Aushang bekanntmacht.

VG Berlin, Beschluss v. 24.7.2012 – 71 K 7.12 –
ZfPR *online* 10/2012, S. 15

C. Rechtsprechung zu sonstigen Gesetzen

1. Wahl der Gleichstellungsbeauftragten/Verbot der sittenwidrigen Wahlbeeinflussung

(§ 16 BGleiG)

Der Ausschluss der im Bundesnachrichtendienst eingesetzten Soldatinnen vom Wahlrecht zur dortigen Gleichstellungsbeauftragten verletzte im November 2011 noch nicht den allgemeinen Gleichheitssatz, da die dem Gesetzgeber zustehende Frist zur entsprechenden Anpassung des Wahlrechts noch nicht verstrichen war.

Das Verbot der sittenwidrigen Wahlbeeinflussung (§ 24 Abs. 1 BPersVG) findet im Gleichstellungsrecht entsprechende Anwendung.

Werbeaktivitäten von Wahlbewerberinnen sind auch während ihrer Dienstzeit zulässig, sofern der Dienstbetrieb hierdurch nicht erheblich beeinträchtigt wird.

Das für Äußerungen von Wahlbewerberinnen geltende Mäßigungsgebot findet grundsätzlich auf Äußerungen im privaten bzw. persönlichen Gespräch keine Anwendung.

BVerwG, Urteil v. 19.9.2012 – 6 A 7.11 –
ZfPR *online* 3/2013, S. 4

2. Kein Sonderkündigungsschutz für Wahlbewerber einer bereits bei Einreichung unheilbar ungültigen Vorschlagsliste

(§ 15 KSchG)

Der Sonderkündigungsschutz für Wahlbewerber nach § 15 Abs. 3 Satz 1 und 2 KSchG greift nur, wenn der Wahlvorschlag, auf dem der Arbeitnehmer als Wahlbewerber benannt ist, Grundlage für die Wahl sein kann. Hieran fehlt es, wenn die Vorschlagsliste schon zum Zeitpunkt ihrer Einreichung an einem nicht behebbaren Mangel nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 WO leidet und daher ungültig ist.

ArbG Berlin, Urteil v. 22.9.2011 – 33 Ca 7120/11 –
ZfPR *online* 6/2012, S. 15